Beiträge zur Geschichte der Grenztruppen der DDR



In der ersten SICHERUNGS-STAFFEL

Autorenkollektiv

Heft 3

Autorenkollektiv:
Generalmajor a. D. Werner Ebertz
Oberst a. D. Ernst Greiner-Mai
Oberst a. D. Rudi Harmuth
Oberstleutnant Jürgen Kratz

Herausgeberkollektiv:
Oberst Hans Wierßing
Generalmajor a.D. Werner Ebertz
Oberst a. D. Rudi Harmuth

Lektor:
Oberstleutnant Jürgen Eberhardt

Gestaltung:
Oberst d.R. Klaus Bernsdorf

Gesamtherstellung:
Druckerei der Grenztruppen der DDR
Redaktionsschluß:
9. April 1986

Vorwort

In die Geschichte unserer Deutschen Demokratischen Republik, ihrer Streitkräfte sowie der Schutz- und Sicherheitsorgane sind der 13. August 1961 und die an diesem Tage eingeleiteten Sicherungsmaßnahmen als ein leuchtendes Kapitel eingegangen. Gestützt auf den Beistand der Sowjetunion und der anderen Bruderländer des Warschauer Vertrages, bereiteten in jenen Tagen die Arbeiterklasse der DDR und ihre bewaffneten Organe dem deutschen Imperialismus die größte Niederlage in der Nachkriegsgeschichte. Heute, ein Vierteljahrhundert nach diesen bewegenden Tagen, ist für jedermann sichtbarer denn je: Dieser Tag war ein Glück für unser Volk, er war gut für alle europäischen Völker. Am 13. August 1961 wurde der Frieden bewahrt. Dem deutschen und internationalen Monopolkapital wurden im wahrsten Sinne des Wortes durch die Kraft und Geschlossenheit der ganzen sozialistischen Gemeinschaft die Grenzen seiner Macht gezeigt.

Die Entwicklung in den Jahren danach hat den Nachweis erbracht, daß die Kämpfer des 13. August mit ihren Taten einen Grundstein legten für die Stärkung der internationalen Position der Deutschen Demokratischen Republik. Gleichermaßen waren diese Taten eine Basis für den Erfolg der von der sozialistischen Staatengemeinschaft beharrlich verfolgten Politik der Entspannung und friedlichen Zusammenarbeit. Diese Politik führte schließlich, trotz vieler Widerstände, zum europäischen Vertragswerk und zur Schlußakte von Helsinki.

Die Kämpfer des 13. August 1961, das waren die Genossen der Kampfgruppen der Arbeiterklasse, der Nationalen Volksarmee, der Deutschen Volkspolizei, der Bereitschafts- und Transportpolizei, des Ministeriums für Staatssicherheit und nicht zuletzt die der Deutschen Grenzpolizei.

Sie setzten, geführt von der Partei der Arbeiterklasse, mit ihrer politischen Standhaftigkeit und Treue zur Partei, zur sozialistischen Heimat, mit ihrer bewußten Pflichterfüllung und hohen Einsatzbereitschaft die Beschlüsse der Partei in die Tat um.

Die Kämpfer des 13. August 1961, das waren aber auch die Genossen in der Uniform der Sowjetarmee, die Freunde in der GSSD unter dem Befehl von Marschall der Sowjetunion I. S. Konew. Sie standen in fester Waffenbrüderschaft an der Seite der Soldaten des deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates. Mit ihrer demonstrierten Kampfentschlossenheit stärkten sie den Optimismus, die Siegeszuversicht in unseren Reihen.

Im vorliegenden Heft wird unter dem Titel „In der ersten Sicherungsstaffel" der Beitrag gewürdigt, den die Grenzergenerationen jener Tage in dieser Klassenauseinandersetzung mit dem imperialistischen Feind leisteten. Ich denke, daß gerade der in wenigen Monaten bevorstehende 40. Jahrestag der Gründung der Grenzsicherungskräfte unseres Landes gegebener Anlaß ist, sich jener Tage im August 1961 zu erinnern. Wir sollten uns ins Gedächtnis zurückrufen, wie in diesen Tagen die Angehörigen unserer

Truppe mit der grünen Waffenfarbe den in sie gesetzten Erwartungen gerecht wurden. Er sei Anlaß, darüber nachzudenken, worin ihr Beitrag in dieser Schlacht um den Frieden bestand.
Das Heft berichtet darüber.

Für jeden von uns, der jene Zeit als Grenzer miterlebt hat, ganz gleich, an welchem Abschnitt unserer Grenzen er damals stand und seinen ganz persönlichen Beitrag zur Erfüllung der Aufgaben leistete, sind die Erinnerungen an jene Tage unauslöschlich.
Noch heute bewegt mich tief, mit welcher Hingabe und Bereitschaft jeder unserer Genossen in diesen Tagen seinen Mann stand. Das war das folgerichtige Ergebnis des unermüdlichen Wirkens der Parteiorganisationen. Unter ihrer Führung erläuterten in den Einheiten die Kommandeure, Politorgane sowie alle Kommunisten den Soldaten, Unteroffizieren und Offizieren überzeugend die politische Lage und die Ursache ihrer gefährlichen Zuspitzung. Grundlage dieser Gespräche waren die Beschlüsse des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und einer Aktivtagung der Parteiorganisationen der Deutschen Grenzpolizei.
Die Genossen verstanden zutiefst, daß die Antwort der Grenzsoldaten auf alle friedensgefährdenden Ziele und Absichten der imperialistischen Kriegstreiber nur darin bestehen konnte, in fester Disziplin und ohne zu schwanken jeden Befehl zum Schutz unseres jungen sozialistischen Vaterlandes bedingungslos zu erfüllen.
„Sie kommen nicht durch!" In dieser Losung, tausendfach in diesen Tagen in all unseren Einheiten bekräftigt, widerspiegelte sich der unbändige Wille der Grenzer, gleich den mithandelnden Kampfgefährten und Waffenbrüdern, das Beste zu geben.
Der Verlauf der Aktionen in jenen Augusttagen – das wird im vorliegenden Heft sichtbar gemacht – belegte nachdrücklich den tiefen Wahrheitsgehalt der Worte, daß Truppenführung Menschenführung ist.
Aus den Augusttagen 1961 gingen die sozialistische Staatengemeinschaft und unsere Deutsche Demokratische Republik gestärkt hervor. Gestärkt, mit Optimismus den kommenden Aufgaben entgegensehend, festigten die bewaffneten Organe unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates weiter erfolgreich ihre Reihen.

Das Heft macht sichtbar:
Geführt von der SED, hatten die bewaffneten Organe die komplizierten Aufgaben im vorbildlich organisierten Zusammenwirken und kameradschaftlichen Miteinander erfolgreich gemeistert. Jeder von uns hatte gespürt, welche Kräfte das abgestimmte, alle Möglichkeiten berücksichtigende, gemeinsame Handeln freisetzte. Zugleich wurde deutlich, daß die kluge und weitsichtige Militärpolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands reiche Früchte trug. Ehemalige junge Arbeiter und Bauern bewiesen an den Brennpunkten des Geschehens nicht nur ihre politische Standhaftigkeit und Treue, sondern auch solides militärisches Können.

Jeder von uns spürte auch, daß die große Mehrheit unseres Volkes fest hinter den von Partei und Regierung beschlossenen Maßnahmen stand. Mit Recht kann man sagen, daß in den Augusttagen des Jahres 1961 die Beziehungen von Volk und Armee in eine neue, höhere Qualität hinüberwuchsen.
Das Heft berichtet darüber, daß sich die Einheit von Partei, Volk und Armee in der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik als unüberwindliches Bollwerk für all jene erwies, die da glaubten, das Rad der Geschichte zurückdrehen zu können.

Heute widerspiegelt sich diese Einheit des Willens und Handelns in den hervorragenden Leistungen der Werktätigen, aber auch der Soldaten des Volkes im sozialistischen Wettbewerb in Vorbereitung des XI. Parteitages der SED.
Mit täglich hohen Leistungen, jeder an seinem Arbeitsplatz, bewahren, schützen und mehren wir weiterhin, wofür in den Tagen des August 1961 einige entscheidende Voraussetzungen geschaffen wurden.
Die hervorragenden Leistungen der Angehörigen der Deutschen Grenzpolizei in den Augusttagen 1961 sind seither für alle nachfolgenden Grenzergenerationen Vorbild und Ansporn. Diesen Traditionen verpflichtet, haben die Grenzsoldaten der DDR, stets in der ersten Sicherungsstaffel stehend, auch alle weiteren Bewährungsproben ehrenvoll bestanden.
Und so wird es immer sein!

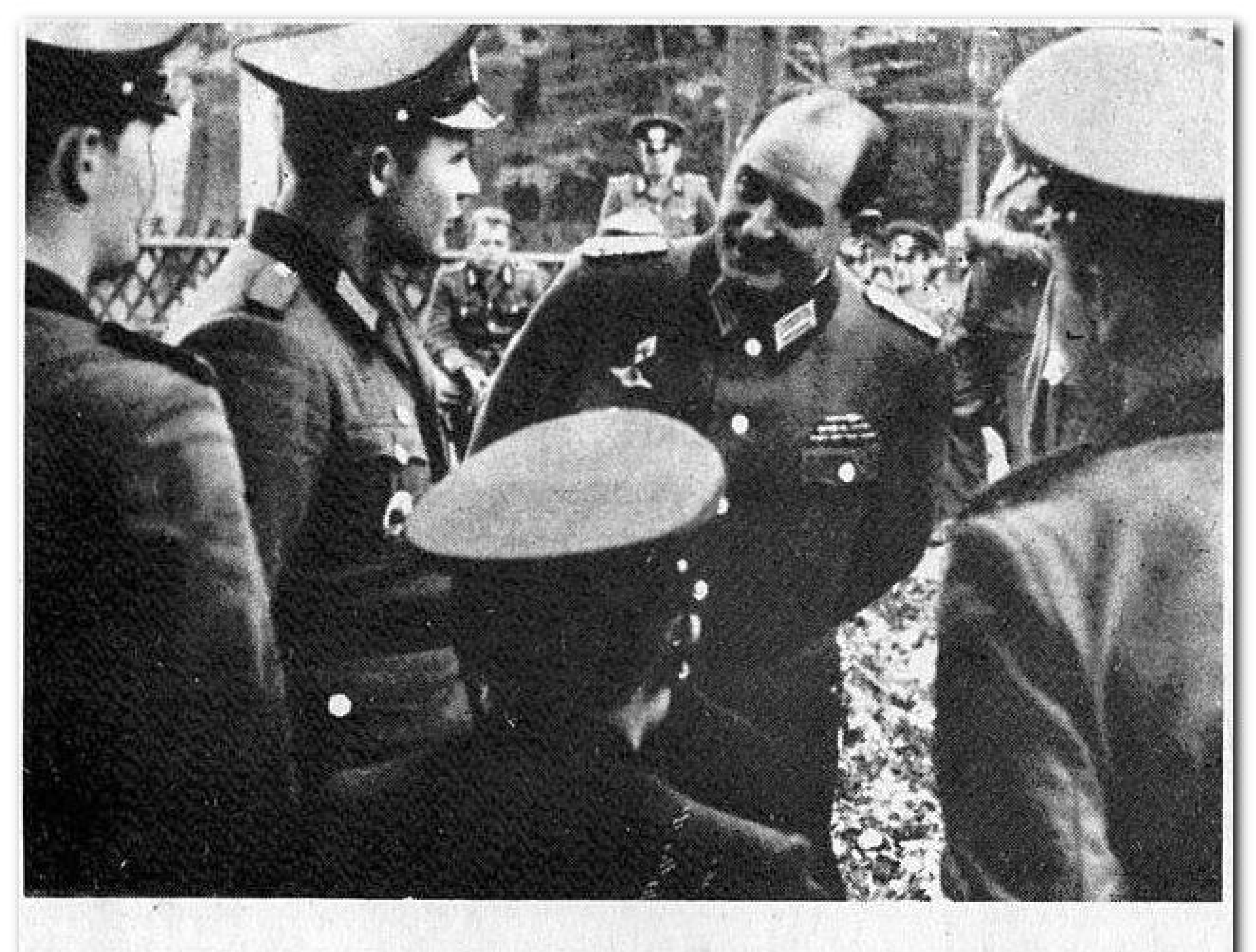
Auf die Grenztruppen kann sich die Partei der Arbeiterklasse, können sich die Werktätigen unseres Landes immer verlassen.

Im Februar 1986

Werner Ebertz
Generalmajor a. D.

Am Vorabend

12. August, am späten Nachmittag. Oberstleutnant Erwin Frömming, Kommandeur der Grenzbrigade „Ring um Berlin", hatte den Befehl erhalten, sich im Stab zur Entgegennahme weiterer Weisungen bereitzuhalten.
Jetzt saß er in seinem Arbeitszimmer. Er spürte, daß auf ihm in diesen Tagen eine größere Verantwortung als jemals zuvor in seiner Dienstzeit bei der Deutschen Grenzpolizei lag.
Noch einmal überdachte er die politischen Aktivitäten der Partei- und Staatsführung der DDR in den letzten Wochen. Mitglieder des Politbüros hatten in vielen Großbetrieben den von der 13. Tagung des ZK der SED vorgeschlagenen und von der Volkskammer am 06. Juli einstimmig angenommenen Deutschen Friedensplan erläutert. Sie hatten erklärt, daß es unaufschiebbar sei, die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten nach den Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu gestalten und Westberlin in eine friedliche Stadt zu verwandeln. Zugleich hatten sie die aggressivsten imperialistischen Kreise ernsthaft vor einer weiteren Verschärfung der Lage in und um Berlin gewarnt. Unmißverständlich war ausgesprochen worden: Wir werden die friedensgefährdenden Angriffe auf die DDR und ihre Ausplünderung nicht ewig hinnehmen. Der Sozialismus auf deutschem Boden wird unangetastet bleiben.
Genosse Frömming wußte, daß das keine leeren Worte waren, denn dazu war schon zuviel geschehen. Am 27. Juli hatte sich der Kommandeur der Deutschen Grenzpolizei, Oberst Erich Peter, in einem offenen Brief an alle Soldaten und Unteroffiziere mit der Aufforderung gewandt, sich angesichts der gespannten politischen Lage zum weiteren Dienst in der Deutschen Grenzpolizei zu verpflichten.
Viele Genossen auch des Verbandes Frömming beantworteten diesen Aufruf positiv. Ihre Bekenntnisse wurden in das von der Zeitung „Der Grenzpolizist" eingerichtete Ehrenbuch „Juri Gagarin" eingetragen.
Am 01. August wurde eine weitere Tagung des Parteiaktivs der Deutschen Grenzpolizei durchgeführt. Nach verantwortungsbewußter Beratung faßten die Parteiaktivisten bedeutsame Beschlüsse zur weiteren Erhöhung der Gefechtsbereitschaft der Truppenteile und Verbände. Am gleichen Tag erhielt Oberstleutnant Frömming den Befehl, für seinen Grenzabschnitt verstärkte Grenzsicherung vorzubereiten,
Wenige Tage später überzeugte sich Oberst Peter persönlich in Einheiten und Truppenteilen, wie die Beschlüsse des Parteiaktivs und seine Befehle realisiert wurden. Er sprach mit Soldaten, Unteroffizieren und Offizieren, kontrollierte besonders gefährdete Grenzabschnitte und ihre Sicherung. Viele, sehr unterschiedliche Fragen wurden gestellt: Wie schätzen sie die Kampfkraft der Parteiorganisationen der SED in den einzelnen Grenzbereitschaften ein? Sind die Kommunisten wirklich Schrittmacher bei der Erfüllung der Befehle der Vorgesetzten? Verstehen sie es, die parteilosen Genossen mitzureißen? Welche Rolle spielen die aktivsten, bewußtesten



Erich Peter

Fast zwei Jahrzehnte stand Generaloberst a. D. Erich Peter an der Spitze der Deutschen Grenzpolizei und der Grenztruppen der DDR. Seinen Dienst betrachtete er als Parteiauftrag, der zugleich Kampfauftrag der Grenztruppen war: Zuverlässiger Schutz der Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik. Alles, was er dachte und tat, ordnete er diesem Auftrag unter. So ist es nicht von ungefähr, wenn ein Kommandeur seiner Zeit von ihm sagt: „Er konnte hart sein, stets kritisch, parteilich, beharrlich in der Durchsetzung seiner Forderungen. Er war immer bereit zu helfen, zu unterstützen, wo es notwendig war, väterlich und fürsorglich. Das konnte, mußte ich von ihm lernen. Durch ihn bin ich meinen Weg gegangen."

Das ist kein Einzelbeispiel. Viele Grenzer, Kommandeure und Stabsoffiziere der 60er und 70er Jahre wurden von ihm mitgeformt.

Erich Peter, 1919 in einer kommunistischen Arbeiterfamilie geboren, erlernte den Beruf eines Schlossers und arbeitete in diesem Beruf.

Er erfuhr früh die soziale Ungerechtigkeit und die ganze Verderbtheit des faschistischen Regimes.

Folgerichtig fand Erich Peter den Weg zum Kampfbund der Gleichgesinnten.
Er wird 1945 Mitglied der KPD.
1946 entschließt sich der junge Kommunist, Angehöriger der Volkspolizei zu werden. Daß es nicht nur für eine kurze Zeit sein wird, ahnt er damals noch nicht.
Viele Dienststellungen durchläuft der Volkspolizist Erich Peter. In zwei Jahren ist er Einzelposten, Gruppenführer, Revierleiter und schließlich Leiter des Volkspolizeikreisamtes Nordhausen. In den folgenden Jahren erfüllt Erich Peter immer dort seine Pflicht, wo ihn die Partei hinstellt. 1957 delegiert ihn die Partei der Arbeiterklasse zum Studium an die Militärakademie des Generalstabes der Streitkräfte der UdSSR.
Aus Freundesland zurückgekehrt, wird der Schlosser aus Salza Kommandeur eines Panzerverbandes und im Mai 1960 Chef der Deutschen Grenzpolizei.
In den Tagen des August 1961 und danach bestanden die Grenztruppen der DDR unter seiner Führung viele Bewährungsproben. Nach den Sicherungsmaßnahmen des 13. August galt es, die Organisation und Führung der Grenzsicherung auf eine neue Stufe zu stellen. Genosse Erich Peter folgte auch hier dem Ratschlag der Partei: Verschließe dich nie dem Neuen, das uns voranbringt.
Gestützt auf die Weisheit des Kollektivs, der Kommunisten an seiner Seite, sorgte er ständig dafür, daß die Effektivität in der Grenzsicherung, in der politischen Arbeit und in der Gefechtsausbildung erhöht wurde.
Dabei schöpfte er aus dem reichen Erfahrungsschatz der sowjetischen Grenztruppen und der anderen befreundeten Grenztruppen der sozialistischen Bruderstaaten.
Und es gehörte zu seinem Arbeitsprinzip, alle Entscheidungen in der Grenzkompanie in unzähligen Diskussionen mit den jüngeren Klassengenossen zu überprüfen und durchzusetzen.
Am 31. Juli 1979 sind Grenzer angetreten, den Chef der Grenztruppen, Generaloberst Erich Peter, zu verabschieden. An sie richtet er folgende Worte: „Mögen mir alle diejenigen verzeihen oder Nachsicht üben, die ich oft und hart gefordert habe. Niemals geschah es aus persönlichen Motiven, immer im Interesse unserer gemeinsamen Sache."
Generaloberst Erich Peter hat die Uniform ausgezogen – Grenzer ist er geblieben, wird er immer bleiben.



Angehörige des Verbandes Frömming zum Appell anläßlich des 13. August 1961. Im Ledermantel Oberst Frömming

FDJ-Mitglieder in der Verpflichtungsbewegung „Ich diene länger"? Wie haben sich die Genossen der Grenzkompanie X bei der letzten Provokation des Gegners verhalten? Wie soll die Sicherheit in diesem Abschnitt verstärkt werden? Aber konkret bitte, was ist vorgesehen? Noch schnell ein Blick in die Küche. Wie steht es mit der Versorgung, ist das Essen schmackhaft? Eine Probe, ja, danke! Der Chef hatte gelobt, wo es nötig war, auch getadelt, das eine oder andere an Ort und Stelle korrigiert. Er erteilte manchen Rat, wie die befohlenen Maßnahmen noch effektiver erfüllt werden konnten.

Bereits Ende Juli erfolgte mit leitenden Offizieren der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland und Kampfgefährten einer mechanisierten Schützendivision der NVA eine Rekognoszierung im Grenzabschnitt. Es tat gut, sie als Waffenbrüder und Verbündete hinter und neben sich zu wissen.

Umfangreiche Pioniergeräte und -mittel waren unter aufwendigen Tarnmaßnahmen im LKW-Transport aus vielen Gegenden der Republik herbeigeschafft und gedeckt gelagert worden. Die Eingliederung von Verstärkungskräften und -mitteln in den Bestand des Verbandes hatte der Stab exakt vorbereitet. Die notwendigen Nachrichtenverbindungen zu den Einheiten bestanden. Als erfahrenem Grenzer war Genossen Frömming klar, schon die nächsten Stunden oder Tage müßten die Entscheidung bringen. Er war zuversichtlich, weil er wußte, daß er sich auf seinen Verband verlassen konnte.

Mit Hauptmann Tanner, Major Gäbler und Major Rund hatte er geschulte und erprobte Genossen an seiner Seite. Die Kommandeure seiner Truppenteile, seine jüngeren Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten hatten in der Mehrheit schon viele Bewährungen sowohl im Grenzdienst als auch bei anderen Gelegenheiten bestanden. Den bevorstehenden, sicher bedeutsamen Aufgaben werden sie sich, getreu ihrem Eid, ebenso bedingungslos stellen, davon war der Kommandeur nach diesen Minuten des Nachdenkens felsenfest überzeugt.
Es war alles getan worden, um erfolgreich handeln zu können; das war seine Schlußfolgerung. Der Verband war bereit, jeden Befehl der Arbeiter-und-Bauern-Regierung zu erfüllen.
Wie dieser Befehl konkret aussehen und zu welcher Zeit seine Ausführung beginnen würde, wußte Oberstleutnant Frömming in dieser Stunde noch nicht.

Gesicherte Grenzen – gesicherter Frieden

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ging seit ihrer Gründung unverrückbar davon aus, daß anerkannte und gesicherte Grenzen Voraussetzung für einen gesichterten Frieden sind.
Deshalb delegierte sie viele ihrer bewährten Kader, junge Genossen und sorgfältig ausgewählte junge Arbeiter, in die 1946 auf Befehl der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland gebildete Grenzpolizei. Die an der Grenze zur ČSR und zur VR Polen, an der Oder-Neiße-Friedensgrenze eigesetzten Kräfte hatten dabei, ausgehend von den geschichtlichen Erfahrungen, von Anfang an strikte Weisungen, jegliche Verletzungen des Staatsgebietes dieser Länder zu verhindern. Nach der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik wurde dieser Kurs zielstrebig fortgesetzt. Die Grenzmarkierung zur ČSR wurde erneuert. Die gemeinsame Grenze zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen, nach dem Abkommen von Zgorzelec vom 06. Juli 1950, wurde markiert. Der grenzüberschreitende Verkehr in die ČSR, die Volksrepublik Polen und umgekehrt in die DDR war nur an den dafür vorgesehenen Übergangsstellen sowie nach den entsprechenden staatlichen Genehmigungsverfahren der beteiligten Länder erlaubt. Das entsprach den Normen, wie sie an den Grenzen souveräner Staaten üblich sind.

In kameradschaftlicher Zusammenarbeit der Grenzsicherungsorgane der ČSR, der VR Polen und der DDR wurden die Ruhe und Ordnung in den Grenzgebieten ständig gefestigt. Alle diese Faktoren erwiesen sich in der Folge als wichtige Elemente für die Vertiefung der Freundschaft zwischen den Völkern der DDR, der ČSSR und der VR Polen.

Die Grenzsicherung ist also kein Hindernis für die Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen und Freundschaft zwischen den Völkern benachbarter Länder.

Das ist eine bedeutsame geschichtliche Lehre.

Völlig anders entwickelte sich die Lage an der Demarkationslinie der Sowjetischen Besatzungszone gegenüber den Westzonen und dann an der Staatsgrenze zwischen der DDR und der BRD sowie gegenüber Westberlin. Selbstverständlich gehörte es auch hier zu den wichtigsten Aufgaben der DGP, jederzeit Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Grenzgebiet zu gewährleisten.

Es war den Grenzpolizisten seit Gründung der Grenzpolizei immer streng verboten, das Territorium der westlichen Besatzungszonen und dann das der BRD und Westberlins zu betreten. Gleichzeitig waren sie verpflichtet, keinerlei Gewaltanwendungen oder Provokationen vom Staatsgebiet der DDR aus gegenüber dem angrenzenden Staat zuzulassen.

Schußwaffen durften und dürfen nicht angewendet werden, wenn dabei das Territorium der BRD oder Westberlins betroffen werden könnte.

Es spricht für die exakte Erfüllung dieser grundsätzlichen Bestimmungen, daß es von unserem Staatsgebiet aus nie Angriffe auf Grenzsicherungskräfte der BRD oder Westberlins gab. Grenzmarkierungen, Hinweisschilder und Sperranlagen auf dem Gebiet der BRD wurden nie von Bürgern der DDR zerstört. Alle Maßnahmen, die im Verlaufe der Entwicklung zur Sicherung dieser Grenze durch die DDR getroffen wurden, waren immer Antworten auf Aktivitäten der reaktionären und aggressiven Kreise der BRD und Westberlins. Sie dienten der Durchsetzung der Friedenspolitik der DDR. Dabei hielt die DDR bis 1961 über viele Jahre hinweg die Greze zu Berlin (West) - mehr oder weniger auch zur BRD - offen.

Das geschah im Interesse einer Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten und Berlin (West). Dabei wurden die historisch bedingten, vielfältigen persönlichen Bindungen zwischen Bürgern Westberlins, der BRD und der DDR berücksichtigt. Diese Regelung wurde aufrechterhalten, obwohl aus der Mißachtung dieser Regelung außerordentlich erschwerende Bedingungen für den sozialistischen Aufbau erwuchsen.

Nicht selten hatten Angehörige der Grenzpolizei in dieser Tatsache und den an sie gestellten Forderungen nach hoher Wachsamkeit und der Verhinderung jedes Grenzdurchbruchs in dem ihnen anvertrauten Abschnitt einen Widerspruch gesehen, mit dem sie sich schwer abfinden konnten. Wußten sie doch, daß allein im Abschnitt des Verbandes Frömming gegenüber Westberlin sieben grenzüberschreitende S-Bahnlinien bestanden, über die täglich Tausende von Personen praktische unkontrolliert aus Westberlin in die DDR und umgekehrt aus der DDR nach Westberlin fahren konnten. Hinzu kamen die aus der DDR auf dem Gelände der Deutschen Reichsbahn in Westberlin verkehrenden Reisezüge.

Kurs auf Konfrontation und Annexion

Im krassen Gegensatz zu der auf Frieden und Verständigung gerichteten Politik der Partei und Regierung der DDR betrieben die Machthaber in Bonn und Westberlin eine reaktionäre, den Frieden und die im Ergebnis des zweiten Weltkriegs entstandenen Realitäten in Europa in Frage stellende Politik. Zu keiner Zeit bis 1961 und noch lange darüber hinaus respektierten sie die durch die Ausrufung der BRD und dann die Bildung der DDR entstandene Staatsgrenze.
Immer wieder wurden Landkarten eines „imaginären Deutschlands" in den Grenzen des ehemaligen Deutschen Reiches von 1937 herausgegeben. Sie wurden auf vielfältige Weise zum Gegenstand einer allgemeinen Völkerhetze gemacht, unter anderem als Anschauungsmaterial für die Lehrtätigkeit an den Schulen der BRD. Permanent versuchten revanchistische Organisationen, von den Regierenden in Bonn unterstützt und gefördert, die Ruhe und Ordnung an der Grenze der DDR zu stören und Provokationen auf unser Staatsgebiet auszuweiten. Die unterschiedlichsten Angriffe, Hetzkampagnen und Verleumdungen bis zu brutalsten Gewaltakten gegen Grenzposten und Grenzsicherungsanlagen der DDR waren an der Tagesordnung.
Bis zum 13. August 1961 fielen 10 Angehörige der Grenzsicherungskräfte an der Staatsgrenze zur BRD und zu Westberlin Mordanschlägen zum Opfer.
In nicht wenigen Fällen wurden die Todesschüsse unmittelbar vom Territorium der BRD oder Westberlins, teilweise von uniformierten Banditen des BGS oder anderer bewaffneter Kräfte abgegeben.

So war es beim Genossen Liebs 1951 und beim Genossen Just 1952. In anderen Fällen erhielten die Mörder Feuerschutz durch Angehörige des BGS oder nach geglückter Flucht Schutz durch die Justizorgane der BRD. Nicht selten wurden schwerwiegende, den Frieden gefährdende Grenzprovokationen oder Zwischenfälle nur durch das besonnene und kluge Verhalten von Angehörigen der Grenzsicherungsorgane der DDR verhindert.

Auf alle Proteste unserer Regierung und ihre Forderung, alle Provokationen an der Staatsgrenze zwischen der BRD und der DDR und der DDR und Westberlin zu unterbinden und damit ihren Beitrag für Ruhe und Ordnung an diesen Grenzen zu leisten, reagierten die regierenden Kreise in Bonn und Westberlin nicht. Auch die Warnung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom 28./29. März 1961, daß sie der verstärkten Kriegsvorbereitung nicht tatenlos zusehen, sondern notwendige Maßnahmen festlegen werden, um den Weltfrieden und die Unantastbarkeit der DDR zu sichern, wurde in den Wind geschlagen. Im Gegenteil, die aggressivsten imperialistischen Kreise spitzten die Lage an der Staatsgrenze der BRD zur DDR, besonders aber in und um Berlin weiter zu.

Die Aggression wird vorbereitet

Immer ungenierter und zynischer äußerten in jenen Monaten Politiker, die in Bonn und Berlin (West) Verantwortung trugen, ihre Absichten zur Einverleibung der DDR in die imperialistische BRD.
So schrieb die Bonner „Wehrpolitische Rundschau" im März 1961: „Da die Möglichkeiten des Westens erschöpft scheinen, vom Osten auf friedlichem Wege ein Nachgeben zu erzwingen, bleiben nur die Möglichkeiten einer gewaltsamen Änderung des Status quo." Die der CDU nahestehende Zeitung „Kölnische Rundschau" forderte im Juli 1961 noch dreister: „ ... alle Mittel des kalten Krieges, des Nervenkrieges und des Schießkrieges anzuwenden ... Dazu gehören nicht nur herkömmliche Streitkräfte und Rüstungen, sondern auch die Unterwühlung, das Anheizen des inneren Widerstandes, die Arbeit im Untergrund, die Zersetzung der Ordnungsgewalt, die Sabotage, die Störung von Verkehr und Wirtschaft, der Ungehorsam, der Aufruhr ... " Genau nach diesem Rezept wurde verfahren, wobei alle genannten Mittel, außer denen des Schießkrieges, schon seit Monaten angewendet wurden.
So stieg z.B. der durch Diversion und Sabotage in den Grenzkreisen an der Staatsgrenze zur BRD und an der Ostseeküste angerichtete Schaden im ersten Halbjahr 1961 auf das Dreifache gegenüber dem des ersten Halbjahres 1960.
Fanden im Juni 1960 27 organisierte Hetzveranstaltungen in unmittelbarer Nähe der Staatsgrenze der DDR statt, so waren es im Juni 1961 bereits 41. Redner auf diesen „Kundgebungen" waren stets hochrangige Politiker der BRD bis hin zum Bundeskanzler.
Immer häufiger wurde im Anschluß an solche Hetzveranstaltungen versucht, Grenzzwischenfälle herbeizuführen, die als Auslöser für eine „Polizeiaktion" gegen die DDR genutzt werden konnten. Im Juni rottete sich an der Straße Steimke/Brohme, im Abschnitt der Grenzbereischaft Gardelegen, eine größere Gruppe bewaffneter Banditen zusammen und bedrohte die Grenzposten der DDR. Insgesamt stieg die Zahl solcher Zwischenfälle im Jahr 1961 kontinuierlich an. Waren es im Mai 64, im Juni 67, so wurden im Juli bereits 106 solche oder ähnliche Provokationen inszeniert.

Die Ausnutzung des Brückenkopfes

Eine besondere Rolle in ihren Plänen zur Liquidierung der DDR hatten die herrschenden Kreise in Bonn und ihre NATO-Verbündeten Westberlin zugedacht. Diese Stadt, inmitten des Territoriums der DDR gelegen, wurde

von ihnen als „Rammbock", „billigste Atombombe", „Brückenkopf" usw. betrachtet.. Die Westberliner Zeitung „Berliner Stimme" bestätigte das mit den Worten: „Westberlin wirkt wie ein Vorposten, von dem aus das sowjetische Gebiet ständig beobachtet werden kann und von dem aus störende Einwirkungen auf die Bevölkerung ausgehen . . ."
Und „Der Grenzjäger", das Zentralorgan des Bundesgrenzschutzverbandes, schrieb: „Unsere Chance zur Wiedervereinigung liegt in der Tatsache, daß Berlin der Dorn im Auge des sowjetzonalen Staatskörpers ist."
Auf eine Umfrage der Zeitung „Der Grenzpolizist" zu dieser Erklärung antworteten viele Angehörige der Deutschen Grenzpolizei so oder ähnlich wie der Gefreite Hartmut Steinert von der Grenzkompanie Seelig: „Der Grenzjäger soll nur hübsch aufpassen, daß er sich nicht selbst an diesem ‚Dorn' piekt. Das kann nämlich für ihn böse ausgehen . . ."
Anfang 1961 trieben von Berlin (West) aus mehr als 80 Agentenzentralen der verschiedensten imperialistischen Geheimdienste ihr Unwesen gegen die Deutsche Demokratische Republik. Außerdem waren dort offiziell über 160 Organisationen, Verbände und Vereine zugelassen, zu deren Programm übereinstimmmend Revanchismus, Pflege militaristischer Traditionen und der Kampf gegen den Kommunismus gehörten. Zu ihnen zählten „HIAG" (Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Waffen-SS), der „Stahlhelm" und der „Verband deutscher Soldaten", um nur einge zu nennen. Gezielt fand im ersten Halbjahr 1961 in Berlin (West) fast täglich ein Treffen der sogenannten Verbände der Heimatvertriebenen statt. Unter schamloser Ausnutzung der offenen Grenze der DDR gegenüber Westberlin, die insgesamt 161 km, davon 45 innerhalb des Stadtgebietes, betrug, wurden zügellose Terrorakte, ein kaum noch zu überbietender Wirtschaftskrieg mit großangelegten Währungsspekulationen gegen die DDR sowie ein regelrechter Menschenhandel mit hochqualifizierten Spezialisten organisiert. Alle die Aktionen wurden fast risikolos für den Gegner über die mehr als 80 offenen Grenzübergangsstellen der DDR einschließlich des Gebietes ihrer Hauptstadt nach Westberlin abgewickelt.
In dieser Zahl sind nicht die grenzüberschreitenden Linien des weitverzweigten Netzes der Eisenbahn, der S- und U-Bahn sowie die Wasserstrassen enthalten. Wie groß die sich daraus für den Gegner ergebenden Möglichkeiten waren, kann man ermessen, wenn man berücksichtigt, daß nach unterschiedlichen Schätzungen all diese Übergänge zwischen der DDR und Westberlin in beiden Richtungen täglich von 500.000 bis zu einer Million Menschen genutzt wurden.
Die vor dem 13. August innerhalb des Stadtgebietes an den Grenzübergangsstellen eingesetzten Sicherungskräfte der VP konnten im Durchschnitt von 10.000 die Grenze überschreitenden Personen nur eine kontrollieren. Elemente, die auch dieser Kontrolle aus dem Wege gehen wollten, nutzten solche Möglichkeiten, wie sie bis zum 12. August z.B. in der Bernauer Straße, in vielen Laubenkolonien usw. vorhanden waren. Dort konnte man auf der Seite der DDR in ein Haus oder Laubengrundstück hineingehen und kam auf der anderen Seite in Westberlin wieder heraus. Ähn-

liche Gelegenheiten gab es auch am „Ring um Berlin", z. B. in Kleinmachnow. Außerdem standen für die feindlichen und terroristischen Handlungen gegen die DDR die unzähligen unterirdischen Verbindungen, die Kabelschächte und Kanalisation offen. Allein von Ende Juni bis Anfang August wurden durch bezahlte Agenten, die durch diese Kanäle in die Hauptstadt der DDR eindrangen oder hier schon langfristig für den Tag X etabliert waren, mehr als 30 Brände gelegt. Einerseits wollte uns der Gegner mit solchen Anschlägen wirtschaftlich noch mehr schädigen. Andererseits- und das war für ihn wohl noch wichtiger- sollte die Bevölkerung der DDR verunsichert und der Welt ein Bild des „inneren Widerstandes" vorgegaukelt werden.

Die Möglichkeiten des faktisch unkontrollierbaren Grenzübertritts wurden auch von gewissenlosen Elementen aus der Hauptstadt der DDR und den Randgebieten der Bezirke Potsdam und Frankfurt/Oder benutzt, die ihre Arbeitskraft in Westberlin verkauften und sich mit Hilfe des betrügerischen Wechselkurses und der Sozialleistungen der DDR – die sie ohne Gegenleistungen in Anspruch nahmen – ein angenehmes Leben verschafften. Bewußt oder unbewußt handelten diese Menschen im doppelten Sinne gegen die Interessen der Arbeiterklasse. Hier gegen die Interessen der Arbeiter-und-Bauern-Macht und in Westberlin, wo sie als Lohndrücker und Streikbrecher benutzt wurden, gegen die Interessen der Westberliner Arbeiter. Nicht zuletzt wurden über die Grenzübergangsstellen und bei mißbräuchlichen Nutzung der über das Territorium der DDR führenden Flugverbindungen 90 Prozent des Menschenhandels abgewickelt.

Vor allem der Menschenhandel ging einher mit einer zügellosen Hetzkampagne gegen unseren sozialistischen Staat. Pausenlos wurde in die Welt posaunt: „Die DDR ist wirtschaftlich am Ende", „Die Bevölkerung der DDR befindet sich am Rande des Aufruhrs", „Die innere Explosion steht unmittelbar bevor", „Der Sozialismus in der Zone zerbröckelt", „Der Flüchtlingsstrom wächst von Stunde zu Stunde".

Diese Meldungen der „Bild-Zeitung" und anderer Presseerzeugnisse der BRD stimmten fast wörtlich mit denen des berüchtigten faschistischen „Völkischen Beobachters" vom August 1939 überein, mit denen die Faschisten ihren Überfall auf Polen psychologisch vorbereiteten.

Schießkrieg eingeplant

Neben all diesen Machenschaften war nicht zu übersehen, daß die Bonner Machthaber, gestützt auf ihre NATO-Verbündeten und gemeinsam mit einigen von diesen, auch den Schießkrieg einkalkulierten und immer intensiver vorbereiteten.

Die Bundeswehr hatte inzwischen eine Stärke von mehr als 350.000 Mann erreicht, und die Einberufung von weiteren 20.000 Reservisten war stabsmäßig abgeschlossen worden. Die Truppen der NATO sollten ebenfalls

um 80.000 Mann verstärkt werden. Truppenübungen der Bundeswehr und ihrer NATO-Verbündeten, aber auch die der anderen bewaffneten Kräfte der BRD, hatten von den „Ausgangslagen" und den „Stoßrichtungen" der Angriffshandlungen her immer einen eindeutig antisozialistischen Charakter, wobei als Zielrichtung immer öfter das Herausbrechen der DDR aus der sozialistischen Gemeinschaft erkennbar wurde. Die Angriffsrichtungen bei Manövern in Bayern wiesen z.B. immer weit in den Thüringer Raum hinein.
Auch der BGS hielt verstärkt Übungen mit angenommenen Ausgangslagen ab, die denen der Faschisten vom August 1939 bis aufs Haar glichen. So die BGS-Abteilung 22 am 06./08. April im Raum Bischhofsgrün. In der Lage hieß es u. a.: „Der BGS-Führung ist bekannt, daß feindliche Sabotagetrupps aus der Zone den Auftrag haben, sich zum Sendeturm auf dem Ochsenkopf vorzuarbeiten und dort die Rundfunkanlage zu sprengen." 1939 hatten Hitlers SS-Banditen in polnischen Uniformen den Sender Gleiwitz „überfallen" und damit einen der Vorwände zur Entfesselung des zweiten Weltkrieges geliefert. „Die Parole", die illustrierte Zeitschrift des BGS, hatte schon 1960 geschrieben: „Die Demarkationslinie muß sich wie eine straff gespannte Saite quer durch Deutschland ziehen. Es ist Aufgabe des BGS, sie ununterbrochen in Schwingung zu halten, und es kann ein subalterner untergeordneter Offizier des BGS sein, der den dritten Weltkrieg auslöst."
Immer häufiger kam es auch zu direkten Übergriffen der Westberliner Polizei und des Zolls auf die Staatsgrenze der DDR in Berlin. Während im vierten Quartal 1960 durch sie 34 Provokationen und 25 direkte Grenzverletzungen inszeniert wurden, waren es in den ersten beiden Monaten 1961 bereits 49 Provokationen und 30 Grenzverletzungen. In den folgenden Monaten stiegen diese Zahlen weiter an. Am 01. August schließlich wurden die NATO-Streitkräfte in Alarmzustand versetzt. Vom 05. bis 08. August inspizierte Ex-Nazi-General Speidel, Befehlshaber der NATO Landstreitkräfte Europa-Mitte, die Grenze der BRD zur DDR und konstatierte am 10. August, daß die in diesem Bereich stationierten Verbände einsatzbereit seien. Es zeigte sich, daß die Bonner Machthaber mehr und mehr Gefangene ihrer eigenen Zweckpropaganda und ihrer Wunschträume wurden. Sie glaubten wohl ernsthaft daran, sich die DDR, mit Rückendeckung durch die NATO-Streitkräfte und Eliminierung der Streitkräfte des Warschauer Vertrages, in einer als Unterstützung der „aufständischen Bevölkerung" ausgegebenen Polizeiaktion einverleiben zu können. Das war wohl auch einer der Gründe für die neuerliche Ablehnung der mit dem bereits genannten „Deutschen Friedensplan" unterbreiteten Vorschläge der DDR zur friedlichen Regelung aller zwischen den beiden deutschen Staaten und Westberlin anstehenden Fragen. Die Antwort der Bonner Machthaber war eindeutig aus dem „Grauen Plan" vom 07. Juli 1961 zu entnehmen, der detailierte Forderungen für die Beseitigung der ökonomischen, politischen und sozialen Grundlagen des Sozialismus in der DDR enthielt.

Wir konnten nicht tatenlos bleiben

Die Gefahr für den Frieden in Europa war riesengroß. Es mußte gehandelt werden. Der Zeitpunkt für wirksame Gegenmaßnahmen war herangereift.
20 Jahre später charakterisierte Genosse Erich Honecker in seinem Buch „Aus meinem Leben" die Lage so: „Wir verfolgten diese bedrohlichen Vorgänge mit der gebotenen Wachsamkeit . . . Konnten wir tatenlos bleiben, da im Herzen Europas eine Situation entstanden war, die mit kaum noch verheimlichten Mobilmachungen und gesteigerter Kriegshysterie auf westlicher Seite dem Vorabend des zweiten Weltkrieges glich? Konnten wir die Hände in den Schoß legen, wenn Berlin-West als ‚Brückenkopf' des kalten Krieges ausgebaut wurde und seine ‚Störfunktionen' immer ungehemmter wahrnahm? Hätte das Volk der Deutschen Demokratischen Republik, hätten die friedliebenden Völker Europas und der Welt es uns verziehen, wenn wir die Aggressoren nachgerade durch Tatenlosigkeit ermuntert hätten? Am Ende des zweiten Weltkrieges hatten wir geschworen, alles daranzusetzen, daß von deutschem Boden niemals mehr ein Krieg ausgeht. Wir waren gewillt, diese Verpflichtung unter allen Umständen einzulösen."

So wurde der Frieden bewahrt

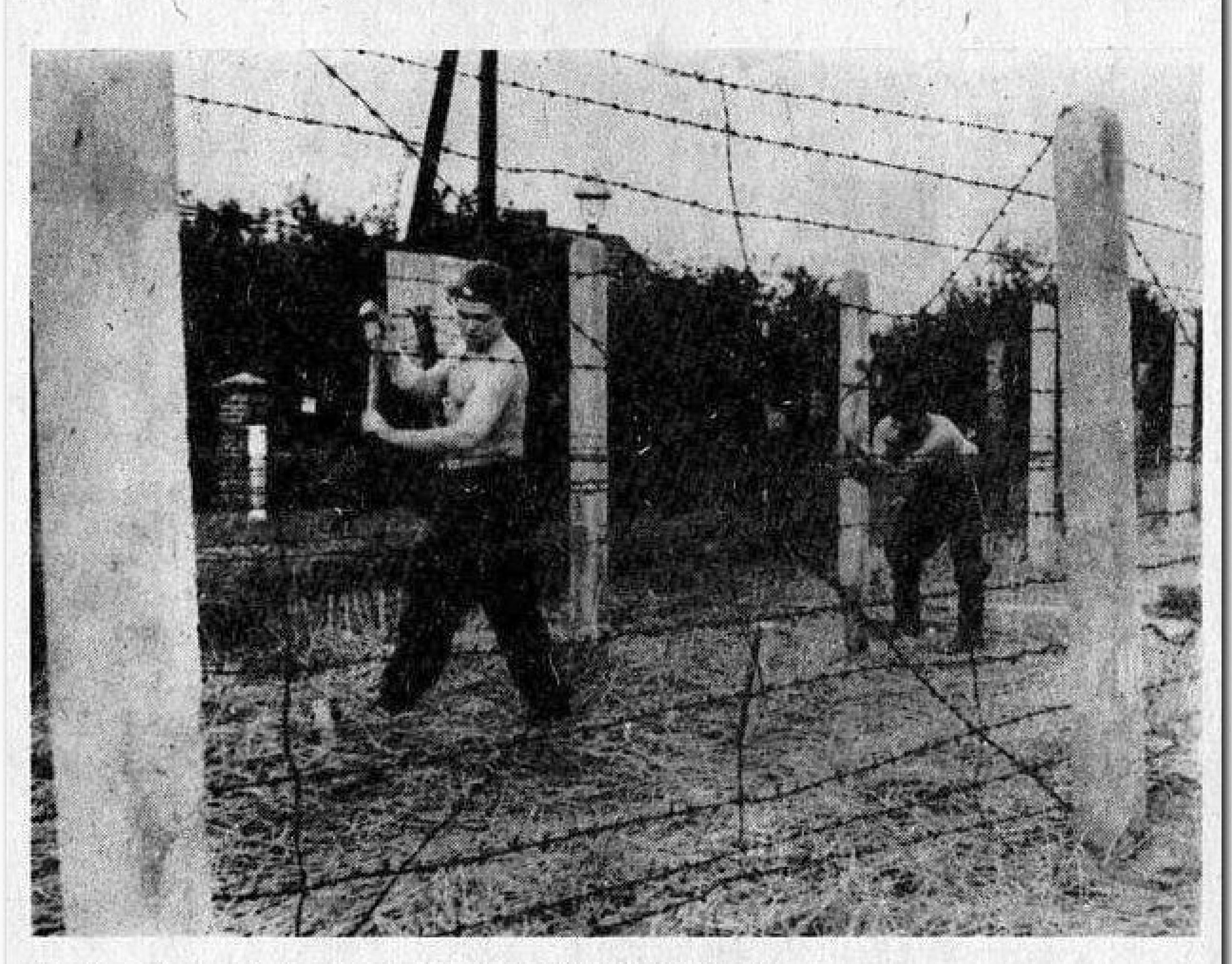
Die Aktionen zum Schutz der Staatsgrenze am 13. August verliefen nach langfristig und detailliert vorbereiteten militärischen, politischen, ideologischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Maßnahmen großen Umfangs, wobei besonders alle militärischen Operationen genau mit den Bruderstaaten abgestimmt waren. Sie hatten auf der Beratung der Ersten Sekretäre der Zentralkomitees der kommunistischen und Arbeiterparteien der Staaten des Warschauer Vertrages vom 03. bis 05. August 1961 in Moskau die ausdrückliche Zustimmung dieses Gremiums gefunden.
Am Sonnabend, dem 12. August 1961, um 16.00 Uhr, unterzeichnete Walter Ulbricht, Erster Sekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates, die von einer Gruppe unter Leitung des Genossen Erich Honecker ausgearbeiteten Befehle und Maßnahmepläne.
Als Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates der DDR wurde Genosse Erich Honecker auch mit der Führung aller mit den Sicherungsmaßnahmen zusammenhängenden Operationen beauftragt. In seinem Operativstab, der am späten Abend des 12. August im Berliner Polizeipräsidium zusammentrat, liefen alle Fäden zusammen. Von dort aus wurden die entscheidenden Befehle und Weisungen an die Bezirkseinsatzleitungen, die Stäbe der NVA und der anderen Schutz- und Sicherheitsorgane sowie die entsprechenden wirtschaftsleitenden Organe gegeben.

In der Nacht vom 12. zum 13. August
werden an der Staatsgrenze die ersten Sperranlagen errichtet

Wechselstube am Bahnhof ZOO: Zu vermieten.
Ab heute kein Geschäft mehr mit dem Schwindelkurs

In der ersten Staffel – Verband Frömming

Um 20.00 Uhr des 12. August traf der Chef des Stabes der Deutschen Grenzpolizei, Generalmajor Borufka, im Stab des Verbandes „Ring um Berlin" ein. Er überbrachte den Befehl des Kommandeurs der Deutschen Grenzpolizei, sofort zur verstärkten Grenzsicherung unter Beibehaltung des 8-Stunden-Dienstes überzugehen. Die dafür vorgesehenen Maßnahmen waren für die Angehörigen des Verbandes nicht ungewöhnlich, sondern bei entsprechenden Aktivitäten des Gegners an der Grenze schon oft durchgeführt worden. Sie wurden auch diesmal exakt erfüllt. Die in den späten Abendstunden beginnende Zuführung von Verstärkungskräften aus den Grenzbereitschaften Pirna und Görlitz, von der Offiziersschule der Deutschen Grenzpolizei war schon etwas ungewöhnlich.
Darüber hinaus meldete sich gegen 23.00 Uhr noch Oberstleutnant Krug mit Abteilungen der Lehrbereitschaft der Bereitschaftspolizei in Potsdam bei Oberstleutnant Frömming. Innerhalb weniger Stunden wurde der Verband so auf das Doppelte seines Personalbestandes verstärkt.
Um 23.00 Uhr traf im Stab der Brigade der Richtungsoffizier des Ministeriums des Innern, Oberstleutnant Grundmann, mit der Vollmacht des Ministers zur Auslösung von Gefechtsalarm für den Verband ein. Er übergab dem Kommandeur die konkreten Einsatzbefehle. Pünktlich um 00.00



Weitere Vervollkommnung der Grenzsicherungsanlagen



Soldat der Grenzbrigade Berlin sichert Pionierarbeiten

Uhr begannen die Handlungen der Einheiten und Truppenteile des Verbandes. In kürzester Frist bezogen die Grenzposten der einzelnen Kompanien gedeckt die für die verstärkte Grenzsicherung mit 12-Stunden-Dienst vorgesehenen Grenzabschnitte. Dabei konnten gefährdete Richtungen durch die inzwischen in die Grenzbereitschaften eingegliederten Verstärkungskräfte besonders abgesichert werden. Zur vorgesehenen Zeit wurden alle Grenzübergangsstellen im Bereich des Verbandes, ohne den Transit der Besatzungsmächte in Westberlin von der Stadt in das Gebiet der BRD auch nur kurzfristig zu beeinträchtigen, für den gesamten zivilen Verkehr geschlossen.
LKW's setzten sich in Bewegung und brachten die bereitgestellten Pioniergeräte und -mittel in die komplizierten, provokationsgefährdeten Abschnitte, mit deren pioniermäßigem Ausbau sofort begonnen wurde. Die Truppen waren auf den Einsatz politisch und militärisch umfassend vorbereitet. Im Referat auf der Parteiaktivtagung der Parteiorganisationen der Deutschen Grenzpolizei vom 01. August hatte der Leiter der Politischen Verwaltung, Genosse Generalmajor Breitfeld, in Auswertung der 13. Tagung des ZK u.a. betont: „Jeder Soldat am ‚Ring um Berlin' muß begreifen, daß von seinem politisch klugen Handeln, von seiner exakten Befehlsdurchführung und von seiner Standhaftigkeit die Sicherheit am ‚Ring um Berlin' und damit die Verwirklichung der Maßnahmen zur Lösung der Westberlin-Frage abhängen."
Entsprechend dieser Schlußfolgerung, legten wir den Schwerpunkt unserer Arbeit in den Wochen vor dem 13. August auf die Entlarvung der Absichten der Bonner Machthaber, erinnert sich der damalige Leiter der Politabteilung einer Grenzbereitschaft im Südosten von Potsdam und jetzige Oberst, Hans Renner. „Vielleicht", so sagte er im Gespräch, „haben uns das Tempo im Ablauf der Ereignisse und die Vielfalt aktueller Erscheinungen gegnerischer Tätigkeit damals gezwungen, sehr verantwortungsbewußt die Frage nach dem erzieherischen Wert unserer politischen Arbeit zu stellen. Jedenfalls werteten wir die Ergebnisse streng danach, was in der Haltung der Genossen zur Erfüllung ihrer militärischen Aufgaben erreicht wurde. Wir kannten die Stimmungen und Meinungen unserer Genossen und wachten streng darüber, daß das Vertrauensverhältnis zwischen Vorgesetzten und Unterstellten nicht durch formalen Umgang mit den Menschen gestört wurde." Das zahlte sich am 13. August in hohen Leistungen aus, obwohl die Genossen erst Stunden später erfuhren, daß ihr Einsatz Teil einer umfassenderen, die Lage in und um Berlin grundlegend verändernden Operation war. Einer Operation, „. . . die an dem nun anbrechenden Tag, einem Sonntag, die Welt aufhorchen ließ". Zu dieser Zeit wußten die Genossen noch nicht, daß die Grenzsicherungskräfte auch an den anderen Teilen der Staatsgrenze zur verstärkten Grenzsicherung übergegangen waren. Es war ihnen noch unbekannt, daß die Truppenteile und Verbände der NVA sich aus ihren Ausgangsräumen in Bewegung gesetzt hatten, um ihre Bereitschaftsräume an der Staatsgrenze zu Berlin (West) zu beziehen.



13. August 1961: Einsatzberatung mit Armeegeneral Heinz Hoffmann

Ebenso wußten sie nicht, daß die um Berlin dislozierten Verbände der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland in ihren Kasernen gefechts- und marschbereit, gewissermaßen Gewehr bei Fuß standen, um allen Eventualitäten jederzeit vorbeugen zu können. Ganz sicher dachten zu diesem Zeitpunkt aber viele der hier eingesetzten Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere noch nicht einmal im Traum daran, daß solche Maßnahmen auch innerhalb des Stadtgebietes wirksam werden könnten, um die bisher vor allem offene Staatsgrenze der DDR gegenüber Westberlin zu schließen. Und doch war gerade das – und damit die Sicherung des Friedens – Ziel und Inhalt aller unter Leitung des Genossen Erich Honecker um 00.00 Uhr begonnenen Aktionen, deren Beginn die Genossen im Abschnitt des Verbandes Frömming erlebten und mitgestalteten. Am 13. August 1961, um 01.11 Uhr sendete der Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst eine Erklärung der Staaten des Warschauer Vertrages in die Welt. Die Soldaten und die Bevölkerung erfuhren, daß sich die Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten an die Volkskammer und an die Regierung der DDR, an alle Werktätigen des sozialistischen Staates gewandt hatten, „an der Westberliner Grenze eine solche Ordnung einzuführen, durch die der Wühltätigkeit gegen die Länder des sozialistischen Lagers zuverlässig der Weg verlegt und rings um das gesamte Gebiet Westberlins einschließlich seiner Grenze mit dem demokratischen Berlin eine zuverlässige Bewachung und wirksame Kontrolle gewährleistet wird."

Die Armee ist da ...

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich von Grenzkompanie zu Grenzkompanie, von Posten zu Posten diese Freude und noch mehr Kampfentschlossenheit auslösende Nachricht. Die Kampfgefährten, die jetzt hinter uns stehen, haben, wenn es nötig werden sollte, noch etwas mehr in den Händen als wir. Gedanken, die wohl viele Grenzer in jenen Stunden bewegten. In der Nähe der Grenzkompanien bezogen mechanisierte Schützenbataillone, Artillerieabteilungen und andere Einheiten Stellung. Es verging nicht viel Zeit, und die Fragen des Zusammenwirkens waren geklärt, erste Informationen zur militärischen, aber auch politischen Lage ausgetauscht.

Ein großes Gefühl der Zusammengehörigkeit erfaßte alle: Gemeinsam sorgen wir für die Bändigung der Militaristen! Wo wir stehen, kommt kein Feind durch!
Aber auch einzelne Genossen der NVA kamen in die Einheiten an der Staatsgrenze. So der Offiziersschüler der Volksmarine Jürgen Somnitz, der sich im Wochenendurlaub befand. Früh um 05.00 Uhr hörte er von den eingeleiteten Maßnahmen. Kurz entschlossen schwang er sich auf seine Jawa und fuhr zur Grenzkompanie seines Bruders. Dort bat er darum, gemeinsam mit den Grenzern eingesetzt zu werden.



Berlin, Leipziger Straße. In einer Einsatzpause

. . . und die Grenzbevölkerung!

In aller Frühe meldete sich im Grenzort G. die Gruppe der Grenzpolizeihelfer beim Kompanieführer. Die ersten Meldungen des demokratischen Rundfunks waren für sie das Alarmsignal, den Dienst anzutreten. Einige Tage später sagte ein Helfer dieser Gruppe: „Wie das so ist, man ist sonst manchmal nach 8 Stunden schwerer Arbeit sauer, aber in den letzten Tagen haben manche, ohne etwa extra aufgefordert worden zu sein, 18 Stunden Dienst gemacht. Und keiner hat daran gedacht, nach Hause zu gehen." 10 Minuten nachdem die Ortsparteileitung über die Situation unterrichtet wurde, befinden sich schon 20 Agitatoren zur Unterstützung der Grenzer am bisherigen Grenzübergang im Einsatz. Eine Stunde später sind es dort bereits 50 Helfer. Noch am Vormittag reihen sich die Bewohner einer ganzen Straße in die Kampffront ein. Sie wird „Grenzpolizeihelferstrasse" genannt. Tag und Nacht sind die Männer nun abwechselnd auf Posten. Hier kommt kein Feind durch. Das müssen am Abend des 14. August schon zwei Halunken erkennen, die sich in diesem Gebiet zu ihrem Auftraggeber durchschlagen wollten.

Kampfgruppen in vorderster Linie

Die schwierigsten Aufgaben der gesamten Operation waren naturgemäß an der 45 km langen Staatsgrenze zwischen der Hauptstadt der DDR und Westberlin zu lösen. Galt es doch, in wenigen Stunden, innerhalb des Gebietes einer ursprünglich historisch einheitlich gewachsenen Großstadt ein Grenzsicherungssystem und eine solche Kontrolle aufzubauen, wie sie an der Grenze zwischen souveränen Staaten üblich sind. Dafür gab es zumindest aus der jüngeren Geschichte kein Beispiel in der Welt. Hier, an diesem Abschnitt vor allem, wurde über den Erfolg der gesamten Operation entschieden. Auf diesen Abschnitt waren deshalb die Hauptanstrengungen zu richten und die hauptsächlichsten Einsatzkräfte, vor allem die Kampfgruppen, die politische und militärische Kampfkraft der Arbeiterklasse, zu konzentrieren und einzusetzen. Entsprechend dem Vorschlag des Genossen Erich Honecker sollten die Werktätigen in den Uniformen der Kampfgruppen gemeinsam mit den Bereitschaften der Volkspolizei und anderen Kräften unmittelbar die Grenze zu Westberlin im Stadtgebiet sichern.
In der zweiten Staffel standen Truppenteile und Verbände der NVA sowie bewaffnete Kräfte des Ministeriums für Staatssicherheit zur Unterstützung bereit.

Nur wenn die NATO-Streitkräfte die DDR an der Wahrnehmung des legitimen, völkerrechtlich verbrieften Grundrechtes zur Sicherung und Kontrolle der Staatsgrenze der DDR gegenüber Westberlin gehindert hätten, wären sowjetische Streitkräfte in Aktion getreten.
Nach Erhalt der entsprechenden Befehle aus dem Stab des Genossen Erich Honecker stellte die Bezirkseinsatzleitung Berlin unter dem Vorsitz des 1. Sekretärs der Bezirksleitung der SED, Genossen Paul Verner, die Einsatzbereitschaft her. Um 01.30 Uhr wurde für die Einheiten der Volkspolizei Berlin und um 01.40 Uhr für die Einheiten der Kampfgruppen der Arbeiterklasse Alarm ausgelöst.



Als Foto um die Welt gegangen:
Lebendiger Schutzwall gegen die Aggressionsgelüste am Brandenburger Tor

Angehörige der Transportpolizei und der Grenztruppen sichern den grenzüberschreitenden U-Bahnverkehr. Berlin: U-Bahnhof Potsdamer Platz

Gemeinsam auf Wacht für den Frieden Angehörige der NVA, der Kampfgruppen und Grenzpolizisten



Einsatz am Teltowkanal-
Kämpfer aus dem VEB Kühlautomat Berlin

Das war keine Übung

Nicht wenige der Kämpfer dachten, als sie sich für den Einsatz vorbereiteten und zu ihren Stellplätzen gingen, es sei eine Überprüfung zum Training und zur Erhöhung ihrer Kampfbereitschaft.
Auf den Stellplätzen wurde klar: Diesmal geht es um mehr! Sie wurden mit der Lage vertraut gemacht und in ihre Aufgaben eingewiesen. Umfassend wurde ihnen erläutert, wieviel in den nächsten Stunden und Tagen von ihrer politisch-moralischen Haltung, ihrer Disziplin, Besonnenheit aber auch ihrer Standhaftigkeit, ihrem Mut und militärischen Können für die Sicherung des Friedens abhing. Danach erhielten die einzelnen Einheiten ihre mitunter äußerst komplizierten und unübersichtlichen Grenzabschnitte zugewiesen, die sie mit großer Exaktheit, Ruhe und hoher Disziplin aus der Bewegung heraus besetzten.



Kampfgruppenangehörige schaffen am 20. August 1961 Baufreiheit im Randgebiet von Berlin

Wie am Außenring wurden auch innerhalb des Stadtgebietes alle Straßenübergänge von und nach Berlin-West – bis auf einige, die für den üblichen, kontrollierten Grenzübertritt offengehalten wurden – für den zivilen Personenverkehr geschlossen.

Der langjährige Angehörige der Kampfgruppenhundertschaft des VEB BMHW (Berliner Metallhütten-und Halbzeugwerke), Sigismund Pohl, erinnert sich: „Nach der Bewaffnung wurden wir mit LKW in den uns zugewiesenen Grenzabschnitt inmitten einer Laubenkolonie am Teltow-Kanal in Marsch gesetzt. Dort trafen wir bereits ca. 2 Stunden nach der Alarmierung ein und begannen, den Abschnitt der ganzen Hundertschaft im Streifendienst zu sichern. Das war in den ersten Stunden besonders schwierig, weil durch den völlig überraschenden Alarm ja ein großer Teil der Kämpfer nicht in ihrer Wohnung angetroffen worden war und deshalb nicht rechtzeitig zum Einsatz erscheinen konnte. Trotzdem nahmen wir zielstrebig gewissermaßen drei Aufgaben gleichzeitig in Angriff. Wir sicherten die Grenze, schufen uns Sichtfeld. Einzelne Trupps der Einheit begannen, den Abschnitt pioniermäßig auszubauen. In den frühen Morgenstunden, mit Bekanntwerden der ADN-Meldung, trafen dann nach und nach die restlichen Kämpfer ein, wodurch die Grenzsicherung verdichtet werden konnte."

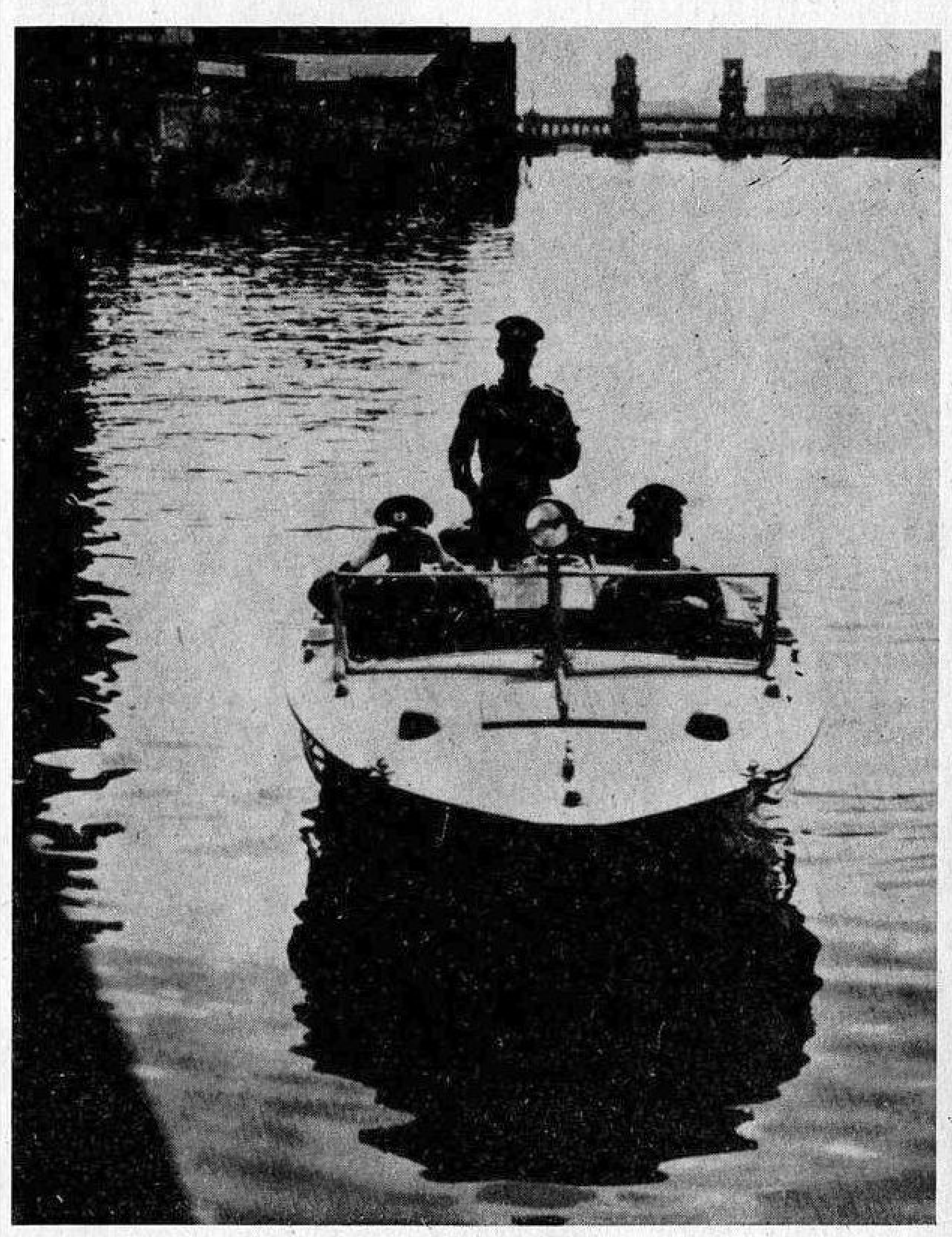


Kämpfer sichern den Aufbau von Sperranlagen an der Schillingbrücke

Im Einsatz formiert

Im Zusammenwirken mit den Kampfgruppen hatten die im Stadtgebiet in der ersten Staffel handelnden Einheiten der 1. Mot. Brigade der Bereitschaftspolizei, Kommandeur Oberstleutnant Hans Wahner, ihre Abschnitte bezogen.
Um die ihm gestellten Aufgaben erfüllen zu können, wurde der Verband durch die Einheiten der bisherigen Grenzbereitschaft Blumberg, Kräfte der Volkspolizei Berlin, einer Offiziersschule des MdI und andere Einheiten verstärkt. Die bisher an den Grenzübergangsstellen ihren Dienst verrichtenden Angehörigen der VP, Teile der Transportpolizei, der Wasserschutzpolizei und des Luftschutzes wurden dem Kommandeur des Verbandes operativ unterstellt. Einzelne Spezialisten der NVA wurden ihm zugeteilt. Die Personalstärke dieses später „Grenzbrigade Berlin" genannten Verbandes betrug danach das Mehrfache des ursprünglichen Bestandes der 1. Mot. Brigade.
Aus der unterschiedlichen Zusammensetzung sowie den für die meisten Wachtmeister, Unterführer, Offiziere und Kommandeure völlig neuen Aufgaben ergaben sich auch führungsmäßig nicht wenige Komplikationen.
Schließlich mußte der Verband erst unmittelbar, während der Erfüllung einer Kampfaufgabe, eines Gefechtes im Frieden zur Erhaltung des Friedens, zu einem nach einem Willen einheitlich handelnden, lebendigen Organismus zusammengeschweißt werden. Vor dem 13. August arbeiteten die Partei- und FDJ-Organisationen der verschiedensten Teile des neuen Verbandes nach unterschiedlichen Organisationsprinzipien und mit jeweils anderen leitenden Parteiorganen. Jetzt wurde nach dem Schema des Partei- und FDJ-Aufbaus in der Deutschen Grenzpolizei gearbeitet. Als leitendes Parteiorgan wirkte die Sicherheitsabteilung des Zentralkomitees. Eine Fülle anderer Org.- und Strukturfragen mußte geklärt werden. Es mußte ein Verband formiert werden, der später, nach dem Abzug der Kampfgruppen und der Truppenteile der NVA, die Sicherheit der Staatsgrenze der DDR zu Westberlin in der Hauptstadt allein gewährleisten sollte. Ein anderer Weg war damals sowohl aus Geheimhaltungsgründen als auch aus operativ-taktischen Erwägungen nicht möglich. Gerade deshalb können die Leistungen, die die Genossen des Verbandes Wahner gleich in den ersten Stunden vollbrachten, nicht hoch genug eingeschätzt werden.
Unter dem Schutz von Grenzsicherungskräften wurden durch Angehörige der Deutschen Reichsbahn und Werktätige aus anderen Bereichen der Volkswirtschaft die Signalanlagen der U-Bahn umgestellt, die Unterbrechung des grenzüberschreitenden Eisenbahn-,S- und U-Bahn-Verkehrs vorbereitet, wozu teilweise neue Fahrpläne in Kraft gesetzt und neue End- und Ausgangsbahnhöfe für einzelne Strecken eingerichtet werden mußten. Wasserstraßen und Hunderte unterirdische Anlagen an der Staatsgrenze waren zu sperren.

Trupps der Kampfgruppen, der Volks- und Bereitschaftspolizei und der Freiwilligen Feuerwehr begannen, in gefährdeten Richtungen innerhalb des Stadtgebietes die ersten, noch einfachen Pionieranlagen zu errichten. Das waren an Straßenübergängen teils Drahtsperren auf zwei Pfählen, Panzerhöcker und einzelne Betonteile oder durch Eisenträger verstärkte Schlagbäume. In einigen Fällen wurde auch begonnen, die auf Westberliner Gebiet führenden Hauseingänge zu vermauern.



Schutz der Berliner Grenzgewässer im August 1961

Die Staatsgrenze zur BRD wird unüberwindlicher

Zur gleichen Zeit, in der die Sicherungsmaßnahmen der DDR um Westberlin eingeleitet wurden, gingen auch die Einheiten, Truppenteile und Verbände der Deutschen Grenzpolizei an der Staatsgrenze zur BRD sowie an der Seegrenze zur verstärkten Grenzsicherung über. Die Verbände an der Grenze zur ČSSR und zur Volksrepublik Polen wurden in Alarmbereitschaft versetzt. Wenn an der Staatsgrenze zur BRD, ähnlich wie am Westberliner Außenring, schon eine relativ gefestigte und bewährte Grenzsicherung vorhanden war, mußten doch hier ebenfalls umfangreiche Aufgaben zur Abwehr aller möglichen gegnerischen Angriffe auf die Staatsgrenze und zur weiteren Festigung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Grenzgebiet gelöst werden. Zwischen den Maßnahmen von Berlin und denen an der Staatsgrenze West bestand ein untrennbarer Zusammenhang. Ein vollständiger Erfolg in Berlin setzte die Sicherheit der Westgrenze voraus.

Die Verbände der Deutschen Grenzpolizei verstärkten und vervollkommneten zielstrebig das Grenzsicherungssystem. Dabei konnten sie sich auf die jahrelang währende Zusammenarbeit mit der Bevölkerung sowie das Zusammenwirken mit den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen in den Grenzbezirken und -kreisen stützen.

So war es an der gesamten Staatsgrenze zur BRD, von Pötenitz an der Lübecker Bucht bis Adorf am Drei-Länder-Eck, DDR-ČSSR-BRD. Angriffsgefährdete Räume und Abschnitte wurden in dieser Phase besser gedeckt. Die Tiefenstaffelung konnte durch den Einsatz von Grenzpolizeihelfern und Volkspolizisten weiter verdichtet werden. Dadurch erhöhte sich in Vorbereitung des 13. August an der Staatsgrenze West, vom Gegner nicht faßbar, die Sicherheit beträchtlich.

Bereits am 10. August erhielt der Kommandeur der Grenzabteilung Römhild, Oberstleutnant H. Notroff, vom Kommandeur seiner Grenzbereitschaft, Oberstleutnant Günter Schölenz, den Befehl, zur verstärkten Grenzsicherung unter Beibehaltung des 8-Stunden-Dienstes überzugehen.

Den weiteren Verlauf schildert der jetzige Oberstleutnant der Reserve, H. Notroff so:

„Am 13. August 1961, um 00.30 Uhr, erhielt ich den Befehl, die Grenzsicherung unmittelbar aus dem Abschnitt zu führen und den Einsatz von Einheiten der Kampfgruppen der Arbeiterklasse zur Verstärkung vorzubereiten. Trotz aller Erfahrungen, die ich im Grenzdienst und der Führung meiner Abteilung hatte, begann damit eine anstrengende und verantwortungsvolle Arbeit, die in kürzester Frist abgeschlossen sein mußte. Es galt, die Verstärkungskräfte und Mittel so einzusetzen, daß die höchste Wirksamkeit in der Grenzsicherung und bei der Abwehr aller Anschläge auf die Staatsgrenze der DDR gewährleistet sein würde."

Auch die Staatsgrenze zur BRD ist unter fester Kontrolle. Kompanie Probstzella/Zschachenmühle

Auch die Ostseeküste wachsam unter Kontrolle. Stabsgefreiter Müller von der Kompanie Prerow/Zingst während des Dienstes

Bei der Lagebeurteilung kam den Kommandeuren aller Stufen natürlich die genaue Kenntnis ihrer Abschnitte zugute. Es gab wohl keinen Kommandeur einer Grenzabteilung oder einer Grenzbereitschaft, der den ihm anvertrauten Grenzabschnitt nicht schon öfter zu Fuß abgelaufen und genau in Augenschein genommen hätte. Die besonders gefährdeten Richtungen von den Möglichkeiten des Gegners her waren ihnen vertraut. Sie hatten in der Regel schon mehrfach Varianten zur zusätzlichen Sicherung bei Grenzoperationen oder Übungen erprobt.
Deshalb konnten die in den frühen Morgenstunden des 13. August eintreffenden Kampfgruppeneinheiten schnell in die Grenzsicherung eingegliedert werden.
Weiter wurde die Grenzsicherung durch die Gruppen der freiwilligen Helfer der Grenzpolizei, die anderen Schutz- und Sicherheitsorgane sowie Bürger des Grenzgebietes verstärkt. Damit war es möglich, unmittelbar an der Staatsgrenze eine höhere Posten- und Streifendichte sowie eine Tiefenstaffelung bis hin zu wichtigen Verkehrsknotenpunkten zu erreichen, wie nie zuvor in der Geschichte der Grenzsicherung. Darüber hinaus konnten die Kommandeure auf besondere Lageveränderungen schnell mit zusätzlichem Kräfteeinsatz reagieren.
Vor allem die Angehörigen der Kampfgruppen, die vorwiegend in den Objekten der Deutschen Grenzpolizei untergebracht waren und auch von den Grenzern versorgt wurden, bewährten sich hervorragend. Der Kämp-



Aus zivilen Einrichtungen und Betrieben helfen Arbeiter und Bauern bei Pionierarbeiten an der Staatsgrenze

fer Ernst Heim aus dem Bezirk Suhl, heute Ingenieur, berichtet über seinen damaligen Einsatz: „Wir empfanden es als besondere Ehre, im Auftrag der Partei der Arbeiterklasse zum Schutz unserer Republik und zur Sicherung des Friedens eingesetzt zu werden. Gemeinsam mit Angehörigen der Deutschen Grenzpolizei und der Volkspolizei waren wir auch an Kontrollpunkten eingesetzt. In solchen Fällen waren wir nicht nur Kämpfer der Kampfgruppen, sondern zugleich Agitatoren für unsere gerechte Sache."

Mit besonderem Stolz berichtet Genosse Papp, wie er gemeinsam mit dem Feldwebel der Deutschen Grenzpolizei Gerhard Bodin, und dem Offiziersschüler der Deutschen Volkspolizei und heutigen Oberleutnant der Kriminalpolizei, Walter Buggle, den Dienst versah. Im Truppenteil Heiner, im Bezirk Magdeburg disloziert, war eine Hundertschaft aus dem Magdeburger „Karl-Marx-Werk" eingesetzt. Einer ihrer Kämpfer, Genosse Möhring, brachte die Stimmung aller zum Ausdruck, als er erklärte: „Wir sind hier mit großer Begeisterung aufgenommen worden. Die Grenzsoldaten übermitteln uns ihre reichen Erfahrungen und gemeinsam liefern wir dem Klassenfeind eine Schlacht." So war es!

Bald zeigte sich, daß auch die Staatsgrenze zur BRD immer unüberwindlicher wurde.

Im Truppenteil Rebhan wurden z.B. durch das taktisch kluge Verhalten der eingesetzten Grenzposten zwei Banditen, die mit einer großen Geldsumme in die BRD entkommen wollten, festgenommen. Wie die Untersuchung ergab, waren sie durch die Sicherungsmaßnahmen am 13. August in Berlin, von wo aus sie ursprünglich nach Westberlin gelangen wollten, zur Umkehr gezwungen worden und hatten nun hier den erfolglosen Versuch des Grenzdurchbruchs unternommen.

Ebenfalls am 14. August konnten die Genossen einer Grenzkompanie im Bereich Salzwedel durch die Hinweise der Genossenschaftsbäuerin Anneliese Reichhardt aus Cheine/Seebenau einen Agenten des westdeutschen Geheimdienstes dingfest machen.

Die rechts und links des Brandenburger Tores auf Wacht für den Frieden stehenden Genossen konnten sich also von der ersten Stunde an fest auf ihre Kampfgefährten an der Staatsgrenze West verlassen.

Dieses Bewußtsein äußerte sich auch in vielen Briefen. Der Oberwachtmeister H.-J. Jäger schrieb: „Liebe Grenzer an der Westgrenze! Ich schreibe Euch diese Zeilen vom Brandenburger Tor, ungefähr 50 m vom Gegner entfernt. Alle miteinander haben wir am 13. August dem Gegner gezeigt, was Sache ist. Mit Steinwürfen, Abwerbeversuchen und üblen Beschimpfungen wollen sie uns jetzt provozieren. Ihr kennt das ja schon länger. Aber bei uns kommen die Halunken damit genausowenig an wie bei Euch."

Umgekehrt schrieben die Genossen an der Staatsgrenze zur BRD an die Berliner Kampfgenossen: „Es erfüllt uns mit Freude und Begeisterung, als Grenzsoldaten im Brennpunkt des Kampfes zu stehen. Besonders ihr Grenzsoldaten der Grenzbrigade ‚Ring um Berlin' habt ein hervorragen-

des Beispiel der Pflichterfüllung, an Treue und Ergebenheit gegenüber unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat gegeben. Das gibt all unseren Soldaten, Unteroffizieren und Offizieren Ansporn zu noch größeren Leistungen bei der Verteidigung unserer sozialistischen Heimat."

Bei den Machthabern in Bonn und Westberlin lösten unsere Aktionen Panik und eine hektische Betriebsamkeit aus. Das war bis zu einem gewissen Grade insofern verständlich, da sich bezahlte Agenten diverser Geheimdienste – wie bereits geschildert – bei uns nur so tummelten. Der Schlag für den Gegner kam dennoch völlig unvorhergesehen. Dabei waren bei uns Tausende von Menschen der verschiedensten Klassen und Schichten an den vorbereitenden Maßnahmen beteiligt. Dies alles war schon ein überzeugender Beweis für die Kraft und Stärke der DDR, das Vertrauen der bewaffneten Kräfte und aller Werktätigen in die Politik der Partei.
Der überraschende Schlag allein war schon ein großer Gewinn für den Frieden.

Strenge Achtung der Rechte der Westmächte

Erste Versuche Adenauers, damaliger Bundeskanzler, und anderer Kräfte, die Westmächte zum Eingreifen zu veranlassen, waren fehlgeschlagen.
Eine Beeinträchtigung ihrer Rechte in Westberlin würde es nicht geben.
Der besondere Status von Berlin (West), in dem die USA, Großbritannien und Frankreich, vertreten durch die Befehlshaber ihrer Besatzungstruppen, die oberste Regierungsgewalt ausübten, wurde von den Warschauer Vertragsstaaten weiter anerkannt. Ihr Transit in das Gebiet der BRD wurde in keiner Weise behindert. Daran bestand, bereits Stunden nach dem Beginn unserer Aktion, auch praktisch kein Zweifel mehr.
Die DDR und ihre Verbündeten verfolgten nur das Ziel, den Frieden zu sichern. Dem hätte jede Verletzung der Rechte der Westmächte in Berlin (West) widersprochen. Mehr noch, die DDR beabsichtigte zu keiner Zeit, sich in die inneren Angelegenheiten Westberlins einzumischen. Bereits am 17. August schrieb eine DDR-Zeitung auf Leserfragen zur Zukunft Westberlins nach dem 13. August 1961 :„Zunächst, was wird bleiben? Bleiben wird das Recht der Westberliner, über das wirtschaftliche, politische und soziale Antlitz ihres Gebietes zu bestimmen. Bleiben werden auch die Zugangswege nach Westberlin. Ob nach West oder Ost, Nord oder Süd, von überall her wird man Waren nach Westberlin bringen und Erzeugnisse seiner Industrie in alle Himmelsrichtungen ausführen können. Wenn es den Westberlinern beliebt, nach London, New York oder München zu reisen, bitte sehr! Verschwinden muß alles, was Westberlin zur Frontstadt, zum ‚Dorn im Fleisch der DDR' macht."

Für die Menschen in aller Welt, denen der Frieden am Herzen lag, gab es also keinerlei Grund zur Aufregung. Wir hatten nur getan, was viele schon längst erwartet hatten. Der hochgeachtete indische Politiker und Ministerpräsident Nehru schrieb z.B.: „Unter den gegenwärtigen Bedingungen muß man die Existenz zweier deutscher Staaten, zweier deutscher Regierungen, zweier völlig verschiedener Ordnungen in Deutschland anerkennen. Das Problem Westberlin muß gelöst werden, um die Kriegsfurcht von den Menschen zu nehmen."
Und der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des USA-Senats, Fulbright, erklärte Anfang August sogar ziemlich offen: „Ich verstehe nicht, warum die Ostdeutschen nicht ihre Grenzen schließen, weil ich denke, daß sie ein Recht haben, sie zu schließen."

Die nächsten Aufgaben

Die DDR nahm also, das sei noch einmal betont, mit den Maßnahmen vom 13. August nur ihr Recht wahr und sonst nichts! Würden die Ultras das einsehen? Wohl kaum! Es galt daher, die Anfangserfolge zu stabilisieren, auszubauen und für die Erfüllung der folgenden Aufgaben – die gewiß nicht klein waren – zu nutzen.
Bei nüchterner Lageeinschätzung mußten vom Gegner, nach Überwindung des ersten Schocks, verstärkte Angriffe erwartet werden.
Die revanchistischen Organisationen, militaristischen Traditionsverbände und ihre Hintermänner, aber auch offizielle Kreise in Westberlin sowie in der DDR zurückgebliebene Agenten und dem Sozialismus feindliche Elemente würden an den geschlossenen Grenzübergängen sicher Grenzprovokationen organisieren .
An anderen Grenzabschnitten des gesamten Ringes um Westberlin mußte mit illegalen Grenzdurchbrüchen, Angriffen auf Sicherungsmaßnahmen, auch unter Gewaltanwendung, gerechnet werden. Darauf galt es, die eingesetzten Kräfte vor allem politisch-ideologisch einzustellen. Der auf lange Sicht äußerst angespannte Dienst, der ja mit vielen persönlichen Entbehrungen verbunden war, mußte motiviert werden.
In dieser Beziehung leisteten die Kommadeure, Politorgane, Partei- und FDJ-Organisationen der Verbände, Truppenteile und Einheiten eine umfassende und außerordentlich wirksame Arbeit. Sie hatten dabei das hervorragende Beispiel der Partei- und FDJ-Organisationen der Betriebe, Kreise und Bezirke bis hin zum Zentralrat der FDJ und dem Zentralkomitee der SED zum Vorbild.

Generalleutnant Seifert bei einem Krankenbesuch. Er überreicht am 5. Oktober 1961 das Ehrenzeichen der Deutschen Volkspolizei an den Stabsgefreiten Peter

Unteroffizier Siegfried Franz, heute Major und Instrukteur für Politschulung, erhält von Generalmajor Breitfeld die Medaille für vorbildlichen Grenzdienst. (August 1961)

Seit den Morgenstunden des 13. August weilten fast ununterbrochen Parteifunktionäre, Mitglieder des Politbüros und vor allem der Leiter der gesamten Operation, Genosse Erich Honecker, vor Ort bei den Soldaten, Grenzpolizisten und Kämpfern. Sie erläuterten ihnen die Lage und Aufgaben.

Der Grundsatz, Truppenführung ist Menschenführung, wurde im täglichen Kampf realisiert.

Einen großen Einfluß auf die politische und militärische Pflichterfüllung hatte naturgemäß das Vorbild der Kommunisten aller Einheiten.

Den Kommunisten in der Deutschen Grenzpolizei war durch den Leiter der Politischen Verwaltung, Generalmajor Walter Breitfeld, dazu folgender Parteiauftrag erteilt worden: „Geht mit vorbildlichen Taten zur ständigen Gewährleistung der Gefechtsbereitschaft und zur Erfüllung der gegebenen Befehle allen Genossen als leuchtendes Beispiel voran.

Klärt unermüdlich alle Genossen über die Richtigkeit der Politik der Partei und über die Notwendigkeit und Gerechtigkeit unseres Kampfes auf . . ."

Im Ergebnis dieser zielstrebigen politischen Arbeit baten immer mehr Grenzpolizisten um Aufnahme in die Partei. Die Zahl der Verpflichtungen im sozialistischen Wettbewerb stieg an. Allein bis zum 21. August stellten 559 Grenzpolizisten den Antrag, als Kandidat in die SED aufgenommen zu werden. 851 Genossen erklärten ihre Bereitschaft, länger zu dienen. Im sozialistischen Wettbewerb wurden 2 653 neue Einzel- und 626 Kollektivverpflichtungen abgegeben. Die Kampfkraft der Einheiten wuchs weiter.

Höchste Forderungen ergaben sich an die Kommandeure aller Stufen, ihre Stellvertreter und die Stabsarbeiter vor allem aus der sich fast stündlich ändernden grenztaktischen Lage am gesamten Ring um Westberlin. Eine ununterbrochene Aufklärung der Absichten des Gegners, die größtmögliche Beweglichkeit beim Einsatz der eigenen Kräfte nach sich bildenden Schwerpunkten und Räumen war mehr gefragt als je zuvor.

Besonders schwierig waren diese Aufgaben für die Berlin-Brigaden zu lösen, auf deren Abschnitt der Hauptdruck des Gegners, seine Hauptanstrengungen konzentriert waren.

So gelang es dem Feind schon in den Abendstunden des 13. August am Brandenburger Tor ca. 5 000 subversive Elemente, Mitglieder revanchistischer Landsmannschaften, zusammenzurotten, die zu offenen Angriffen gegen die Grenzsicherungskräfte der DDR übergingen. Der Einsatz von Wasserwerfern brachte sie für diesmal zur Räson.

Bereits in den Mittagsstunden des 14. August gab es an der gleichen Stelle eine weitere schwere Provokation. Das Brandenburger Tor wurde in deren Ergebnis um 14.00 Uhr geschlossen. Die Angriffe des Gegners wechselten gewissermaßen von Tag zu Tag und von Ort zu Ort. In verhältnismäßig kurzer Zeit wurde deshalb die Berlin-Brigade zur wirksamen Abwehr der gegnerischen Handlungen mehrfach umgruppiert und teilweise auch neu strukturiert. Der Berlin-Brigade und auch dem Verband Frömming wurden in den Tagen unmittelbar nach dem 13. August

weitere Verstärkungskräfte und Mittel zugeführt. Beide Verbände erhielten zusätzliche Boote von der Grenzbrigade an der Ostsee zur besseren Sicherung der umfangreichen Grenzgewässer der Hauptstadt. Sie wurden in kilometerlanger Fahrt über die Binnengewässer zugeführt. Der Verband Frömming erhielt zusätzliche Kräfte von der damaligen Grenzbrigade Frankfurt/Oder für die verstärkte Absicherung der Westberliner Enklave Steinstücken und anderer Abschnitte.

Durch die Bezirkseinsatzleitungen Potsdam, unter Leitung des 1. Sekretärs der Bezirksleitung der SED, Genossen Kurt Seibt, und Frankfurt/Oder unter Vorsitz des Genossen Erich Mückenberger, 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED, wurde der Einsatz von Kampfgruppeneinheiten und Kräften der Volkspolizeikreisämter festgelegt. Er erfolgte in vorher bestimmten Grenzabschnitten und zur Tiefensicherung. Das war von größter Bedeutung für die Grenzsicherung.

Bestimmte Schwierigkeiten für die Grenzsicherung ergaben sich daraus, daß viele Kämpfer Spezialisten, Ingenieure und leitende Kader waren und am 14. August zur planmäßigen Fortsetzung der Produktion unbedingt wieder im Betrieb sein mußten.

Sie galt es in der vordersten Linie zu ersetzen.



Drei Kampfgruppenhundertschaften kehren nach dem Einsatz in das Kabelwerk Oberspree zurück (25.08. 1961)

Der Genosse Pohl erinnert sich: „In unserem Betrieb gab es in jenen Tagen, inspiriert durch die Parteiorganisation, eine große Bewegung. Viele Kollegen übernahmen die Aufgaben der an der Grenze stehenden Kämpfer mit, um vom 14. August an, so weit wie nur irgend möglich, die Planaufgaben zu erfüllen. Gleichzeitig kamen viele Betriebsangehörige, von denen wir das nicht erwartet hätten, freiwillig in unsere Kampfgruppen. Die Kollegen begriffen ganz einfach die Bedeutung der Aktion. Viele hatten den zweiten Weltkrieg erlebt und wollten jetzt nicht abseits stehen, wo es galt, einen neuen Krieg zu verhindern." Weiter berichtet er über den Dienst an der Staatsgrenze, zu dem er ca. 6 Wochen eingesetzt war.

„Besonders in den ersten Nächten versuchten viele feindliche Elemente, noch vorhandene Lücken in der Grenzsicherung für illegale Grenzübertritte auszunutzen. Unter diesen Bedingungen war die weitere Verdichtung der Grenzsicherung, durch teilweise erhebliche Ausdehnung der Dienstzeit und die pioniermäßige Sperrung bestimmter Lücken, von besonderer Bedeutung. Das gelang uns von Tag zu Tag besser, nicht zuletzt durch die hervorragende Unterstützung durch unser Betriebskollektiv, besonders die Partei- und FDJ-Organisation.

Ich meine, unsere Parteiorganisation hat sich in jenen Tagen — wie die ganze Partei — hervorragend bewährt, und ich bin noch heute stolz, damals dabei gewesen zu sein. Insgesamt bin ich der Ansicht, wenn ich heute auch auf die Jahre danach Rückschau halte, unsere Kampfgruppe ist aus dem 13. August gestärkt hervorgegangen."

Gleiches oder Ähnliches berichten viele Genossen aus ihren Erinnerungen.

So z. B. der Genosse Horst Schenk, ehemaliger stellvertretender Sekretär der Parteiorganisation der SED im Kombinat VEB Elektro - Apparate-Werke, Berlin-Treptow, und Mitglied der Kampfgruppe, der besonders die enge Verbindung der Betriebsangehörigen mit ihren Kämpfern und die hohen Produktionsleistungen nach dem 13. August hervorhebt, die dann im Produktionsaufgebot der Berliner Elektroköhler gipfelten.

Besonders in jener Zeit besuchten Delegationen aus Industrie und Landwirtschaft, aus Schulen und Institutionen sowie Angehörige des Handels die eingesetzten Kräfte. Kultur- und Kunstschaffende unterstützten mit ihren Mitteln den anstrengenden Dienst der Sicherungskräfte. Einzelne Bürger der DDR kamen und beschenkten die Grenzpolizisten, Kämpfer der Kampfgruppen und andere Angehörige der bewaffneten Kräfte.

Die Werktätigen der DDR, ihre Kämpfer und ihre Soldaten bildeten, fest um ihre Partei geschart, eine untrennbare Einheit, die, gestützt auf unsere Verbündeten, den Erfolg unserer Sache sicherte. Ohne der Entwicklung vorauszueilen: Bereits am 13. und 14. August zerplatzten alle Hirngespinste und Wunschträume gewisser Politiker in Bonn und Westberlin von einer „bevorstehenden inneren Explosion in der DDR" wie Seifenblasen. Wenn etwas zerbröckelte, dann war es die Politik der Stärke Adenauers und seiner Kumpane,

Der Schriftsteller Bodo Uhse besucht eine Einheit der Bereitschaftspolizei im Grenzabschnitt Brandenburger Tor

Jupp Angenfort am Brandenburger Tor (26.04. 1962) rechts von ihm Oberst Gerhard Tschitschke

Sicherungsmaßnahmen – ein schwerer Schlag für Politik der Stärke

Die Entwicklung der Lage an der Staatsgrenze zu Westberlin nach dem 13. August 1961 war dadurch gekennzeichnet, daß das Grenzregime immer stabiler und sicherer wurde.
Das ermöglichte es der Partei, die Kampfgruppen herauszulösen.
Die Kämpfer und Kommandeure hatten bewiesen, daß sie im Zusammenwirken mit den anderen Schutz- und Sicherheitsorganen Kampfaufgaben erfolgreich erfüllen können.
Auf einem großen Appell in der Karl-Marx-Allee am 23. August 1961 wurden sie von Walter Ulbricht, Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, verabschiedet. Er dankte ihnen für die bewiesene Entschlossenheit, den Frieden mit der Waffe in der Hand zu verteidigen.
Ende August 1961 war abzusehen, daß die Sicherungsmaßnahmen zu einem vollen Erfolg der Friedenspolitik der DDR und der Warschauer Vertragsstaaten geworden waren. Die Politik der Stärke hatte einen schweren Schlag erlitten. Nunmehr konnte auch ein Teil der eingesetzten Truppen der Nationalen Volksarmee in ihre Standorte zurückverlegt werden.



Abschlußappell der Berliner Kampfgruppen am 23.08. 1961 in der Karl-Marx-Allee. Walter Ulbricht, Erich Honecker und Paul Verner schreiten die Front ab.

Der Gegner versuchte dennoch, das Blatt zu wenden. Er wollte sich nicht mit den geschaffenen Tatsachen abfinden.
Ende August traf der BRD-Kanzler Adenauer mit dem USA-Vizepräsidenten Johnson in Westberlin ein. Das war offensichtlich ein erneuter Versuch, die westlichen Besatzungsmächte zu einer Intervention gegen unsere Sicherungsmaßnahmen zu drängen. Die USA waren auf Grund des Kräfteverhältnisses und der eindeutigen Rechtslage dazu nicht bereit. Um jedoch ihr Gesicht als sogenannte „Schutzmacht" zu wahren, begannen sie aber, einen Propagandarummel über die Bereitschaft zur Verteidigung der „Freiheit" Westberlins zu entfachen.
Gepaart mit diesem Propagandarummel verschärften die Besatzungstruppen und die bewaffneten Kräfte Westberlins die Provokationen gegen die Staatsgrenze der DDR.
Jede dieser Provokationen war geeignet, in einen Grenzkonflikt hinüberzuwachsen und stellte eine Gefahr für den Frieden dar. So entfalteten amerikanische Einheiten ihre Panzer in Angriffsformation und fuhren mit maximaler Geschwindigkeit an die Staatsgrenze heran. Gleichzeitig wurde Sprengstoff in die Luft gejagt. Hubschrauber setzten amerikanische Einheiten in unmittelbarer Grenznähe ab.
An einem der letzten Tage im August unternahmen von Frohnau aus, auf unübersichtlichem Gelände und im Schutze der Dunkelheit, bewaffnete Banditen einen regelrechten Angriff auf die Grenze.



Einheiten der Kampfgruppen werden von den Berlinern begeistert empfangen

Die Grenzsicherungskräfte der DDR blieben bei allen Provokationen besonnen und konsequent. Dem Feind wurde kein Zentimeter unseres sozialistischen Bodens preisgegeben und jeder Befehl der Arbeiter-und-Bauern-Macht gewissenhaft ausgeführt.

Gleichzeitig verstärkte der Gegner den psychologischen Krieg. Übelste Hetze wurde über den mobilen Sender „Studio am Stacheldraht" verbreitet. Diesen Hetzsender gründete der Westberliner Senat wenige Tage nach dem 13. August 1961. Aufforderungen zur Fahnenflucht gingen einher mit Versuchen der Bestechung. Zeitungen mit massiven Drohungen gegen die eingesetzten Grenzsicherungskräfte wurden über die Staatsgrenze geworfen. Anonyme Anrufe bei den Ehefrauen der eingesetzten Kämpfer gehörten zu den Mitteln und Methoden der ideologischen Diversion, mit denen Zweifel an der Gerechtigkeit der Sicherungsmaßnahmen verbreitet werden sollte.

Nicht jeder Versuch des Gegners, die Kampfmoral der eingesetzten Grenzsicherungskräfte zu untergraben, blieb erfolglos. Einige wenige wichen vor den Erpressungen zurück, unterlagen den Verleumdungen und Verlockungen des Gegners. Einzelne liefen sogar zum Feind über.

Das war kein Novum in der Geschichte des Klassenkampfes. Seit dem Beginn des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie traten nicht wenige Vertreter bürgerlicher Schichten und Klassen auf die Seite des kämpfenden Proletariats über und bewährten sich in ihren Reihen hervorragend.



Umgekehrt gelang es auch, bei schroffen Wendungen in der Politik, durch Bestechung und Verlockung einzelne, meist deklassierte, demoralisierte Elemente aus der Arbeiterklasse auf die Seite der Bourgeoisie hinüberzuziehen.
Insgesamt gelang dem Gegner jedoch kein nennenswerter Einbruch in die Reihen der Grenzsicherungskräfte.
Gemessen an der Schärfe der Klassenauseinandersetzung jener Tage kann diese Tatsache nur als ein weiterer Ausdruck für die Fehleinschätzung des Gegners über die politisch-moralische Verfassung der bewaffneten Kräfte der Republik und ein völliges Fiasko seiner ideologischen Kampfführung gewertet werden. Unter der Losung: „Unser Herz der Partei und unserem sozialistischen Vaterland — unsere Faust dem Feind" schlossen sich die eingesetzten Grenzsicherungskräfte der DDR immer enger um die Partei zusammen und erfüllten ihren Klassenauftrag mit höchster Konsequenz.
Die imperialistischen Kräfte, vor allem die der USA und der BRD, gaben trotz oder gerade wegen der Stabilisierung der Lage an der Staatsgrenze nicht auf.
Kräfte der US-amerikanischen Besatzungstruppen spielten sich besonders nach der Ernennung des berüchtigten US-Generals Lucius D. Clay zum Sonderbeauftragten des amerikanischen Präsidenten in Westberlin gewissermaßen als oberste Regierungsbehörde in dieser Stadt auf.



Festlicher Empfang durch den Zentralrat der FDJ: 56 Genossen der NVA werden für ihren Einsatz am 13. August 1961 ausgezeichnet

Amerikanische Militärpolizei und Infanterie mit Panzer bzw. Schützenpanzer gegenüber dem Grenzübergang Friedrichstraße

Amerikanische Militärangehörige übergeben einen Protest.
Im Bild links: Oberst Tschitschke

Blick auf „US-Army-Checkpoint Charly" von der DDR aus im November 1961

Während die britischen und französischen Besatzungstruppen Zurückhaltung übten, erfanden die amerikanischen immer neue Provokationen. Sie schickten z. B. immer wieder nicht zu den Besatzungstruppen gehörende amerikanische Zivilpersonen an die Grenzübergangsstellen vor, um von den staatlichen Stellen der DDR nicht genehmigte Grenzübertritte in die Hauptstadt der DDR zu erzwingen. Dabei ging es immer um den Versuch, die eingesetzten Grenzsicherungskräfte der DDR doch noch zu unbesonnenen Handlungen zu verleiten, möglichst sogar Schüsse zu provozieren.
Zusätzliche amerikanische Streitkräfte waren nach Europa verlegt worden. Sie unternahmen provokatorische Flüge mit Hubschraubern über dem Territorium der DDR. Demonstrativ wurden die US-Streitkräfte in Berlin (West) im Straßenkampf ausgebildet.
Aus all dem ergaben sich höhere Anforderungen an die Grenzbrigade Berlin. Die politische und militärische Führung des Verbandes mußte auf eine neue Stufe gestellt werden. Oberst Gerhard Tschitschke wurde Kommandeur des Verbandes.
Wie richtig das alles war, sollte sich bald zeigen.
In den letzten Oktobertagen 1961 wurde die bis dahin gefährlichste amerikanische Provokation zwischen Westberlin und der DDR am Grenzübergang Friedrich/Zimmer Straße inszeniert. Am 23. Oktober 1961 wurden Panzer und Schützenpanzer gegen die Staatsgrenze der DDR entfaltet. Oberst Gerhard Tschitschke entschloß sich, eine operative Führungsgruppe unter seiner Leitung in das Verlagsgebäude der „Berliner Zeitung" zu verlegen. Damit befand er sich unmittelbar am Ort des Geschehens und war in der Lage, schnelle Entscheidungen zu treffen. Bei der Abwehr dieser Provokationen bewährte sich der damalige Hauptmann und heutige Oberstleutnant Heinz Schäfer als mutiger und entschlossener Grenzoffizier. Walter Flegel schildert das in dem Sammelband „Begegnung und Erinnerung" wie folgt: „Das wippende Rohr steht nur ein kurzes Stück vom Kopf des Mannes entfernt und richtet sich drohend gegen unsere Hauptstadt. Der Panzer aber steht, weil Hauptmann Heinz Schäfer an jenem Tag mit zwei weiteren Offizieren nicht zur Seite trat, nicht kehrt machte und davonlief, womit sie gerechnet hatten. Drüben waren Fotoapparate schußbereit, Reporter hatten die Mikrophone am Mund. Aber sie konnten nicht berichten, was sie so gerne berichten wollten: Die Offiziere der Grenztruppen haben Angst. Sie stehen, das Gesicht dem Gegner zugewandt, und Heinz Schäfer bedeutet dem neugierigen Fahrer des M 48 mit ruhigen und bestimmten Gesten, er möge zurückfahren bis hinter die Grenzmarkierung. Der Amerikaner gehorchte. Angst hat er keinen Augenblick gespürt, obwohl nicht allein die Panzerkolonne vor ihm drohte, sondern auf Westberliner Seite im Fenster eines Hauses auch ein Maschinengewehr in Stellung gegangen war und seinen Lauf auf ihn richtete. Er hat gehandelt und er erzählt, daß er nach erfolgloser Provokation erleichtert gesagt hat: „Das ging aber knapp vorbei." Damit meinte er nicht nur sich, sondern all das, was hinter ihm lag und nicht angegriffen wer-

den durfte." Endgültig scheiterte dieses friedensgefährdende Abenteuer der amerikanischen Militärkamarilla, als Panzer der sowjetischen Streitkräfte und der NVA Stellung bezogen. Damit wurde noch einmal die Entschlossenheit der Warschauer Vertragsstaaten unterstrichen, keinerlei Verletzungen der Souveränität der DDR zuzulassen. Unter diesem Eindruck zogen sich die amerikanischen Panzer von der Staatsgrenze in ihre Kasernen zurück. Nach dieser Provokation wurde Oberst Gerhard Tschitschke zum Genossen Erich Honecker zur Erstattung eines Auskunftsberichtes befohlen. Im Ergebnis dieser Beratung legte der Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Wirksamkeit der Grenzsicherung und zur Verbesserung der Dienst- und Lebensbedingungen der Grenzer fest. Im Zentrum dieser Weisungen stand die weitere Erhöhung der Ordnung und Sicherheit an der Staatsgrenze zu Berlin (West). Dazu gehörte, zur Abwehr der gegnerischen Provokationen im komplizierten innerstädtischen Gelände wirksamere Grenzsicherungsanlagen zu errichten. Die Lektion „in Stahl und Beton" für die Imperialisten und Militaristen der BRD sowie ihre Freunde begann. Und sie wurde ihnen gründlich erteilt.





Besonnen verhinderten Angehörige der Sicherungskräfte eine Provokation der US-Besatzer. Dafür gilt ihnen der Dank der Bevölkerung

Weitere Kräfte an die Staatsgrenze zur BRD

Nachdem die Staatsgrenze zu Westberlin unter festere Kontrolle genommen war, orientierte die Parteiführung darauf, daß der Gegner seinen Druck auf die Grenze zur BRD verstärken würde. Und in der Tat. Mit gesteigerter Aktivität transportierte der Bundesgrenzschutz mit LKW-Kolonnen große Truppen aufgeputschter Elemente an unsere Grenze.
Mit Hilfe dieser „Gäste" sollten ernsthafte Zwischenfälle provoziert werden. Der jetzige Stabsoberfähnrich Paul Kampf schildert diese Zeit an der Staatsgrenze zur BRD im Abschnitt Dankmarshausen wie folgt: „Es sah alles scheinbar friedlich aus. Aber wir Grenzer mußten gute Nerven haben, um uns nicht provozieren zu lassen. BGS-Angehörige hetzten Jugendliche auf. Da flogen „harmlose" Sportflugzeuge die Staatsgrenze entlang, um die Grenzsicherungsanlagen zu erkunden. Es wurden Ballons mit Hetzschriften aufgelassen. Sogar Prostituierte wurden an die Staatsgrenze herangeführt, die uns Grenzern unmißverständliche Angebote machten. Verbrecherisches Gesindel versuchte, über die Staatsgrenze in die DDR einzudringen."
Die Verwirklichung der Aufgabenstellung im Beschluß des Ministerrates der DDR vom 12. August 1961, eine solche Kontrolle an den Grenzen der DDR einschließlich der Grenzen zu den Westsektoren von Groß-Berlin einzuführen, wie sie an den Grenzen jedes souveränen Staates üblich ist, stellte weiterhin hohe Anforderungen an alle.
Bereits am 16. August 1961 erhielten die Parteileitungen, die staatlichen und gesellschaftlichen Organe mit der Direktive des ZK der SED über die politische Arbeit im Grenzgebiet ein richtungsweisendes Grundsatzdokument zur Durchsetzung einer hohen Sicherheit und Ordnung an der Staatsgrenze.
In der Direktive orientierte die Parteiführung vor allem darauf, die Zusammenarbeit der Grenztruppen mit den Partei- und Staatsorganen der Grenzbezirke und -kreise und der Grenzbevölkerung im Interesse einer hohen Sicherheit und Ordnung im Grenzgebiet weiter zu vertiefen.
Es galt, das Zusammenwirken aller Schutz- und Sicherheitsorgane zu vervollkommnen, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Grenzbevölkerung zu verbessern und das gesamte gesellschaftliche Leben in den Städten und Gemeinden des Grenzgebietes zu aktivieren.

Votum für die Politik der SED

Die Volkswahlen am 17. September 1961 unterstrichen nachdrücklich die enge Verbundenheit von Partei, Staatsmacht und Bevölkerung der DDR. Mit seiner Stimme unterstützte das Volk der DDR voll und ganz die

Sicherungsmaßnahmen vom 13. August 1961. Damit wurde die Politik der SED und der Staatsführung bestätigt. Es ist durchaus kein Zufall, daß viele Grenzkreise, z. B. Worbis, Heiligenstadt, Hildburghausen u. a. mit die besten Abstimmungsergebnisse erzielten.
Dieses Votum erteilte der massiven ideologischen Diversion des BRD-Imperialismus eine entschiedene Abfuhr.
In den Tagen der Wahlvorbereitung kam es bei Besuchen von Genossen der Parteiführung zu begeisternden Treffen mit der Bevölkerung des Grenzgebietes und Grenzsoldaten. So sprach am 14. September 1961 Genosse Erich Honecker, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates, in der Grenzstadt Heldburg. Am 15. September informierte er sich in der Grenzkompanie Andenhausen über die Situation an der Staatsgrenze. Dabei zeichnete Erich Honecker die Einheit von Unterleutnant Udo Richter für hervorragende Leistungen in der Grenzsicherung aus.
Oberst Harry Beutner hat die Kundgebung vom 14. September 1961 in Heldburg als ein beeindruckendes Ereignis in Erinnerung. Er berichtet: „Ich war zu diesem Zeitpunkt Kommandeur der Grenzabteilung Heldburg und bekam von meinem Vorgesetzten den Befehl, eine Ehrenkompanie zu stellen. Erich Honecker wurde durch die Bevölkerung herzlich begrüßt. Eine FDJlerin im schmucken Blau des sozialistischen Jugendverbandes entbot den Wilkommensgruß. Sie bekundete die Freude, daß Genosse Honecker zu einer Zeit ins Grenzgebiet gekommen ist, da auch die Grenzbevölkerung durch die Tat bewiesen hat, daß sie fest hinter der Regierung der DDR und ihren Maßnahmen steht.
Genosse Honecker überbrachte den Dank und die Anerkennung des Zentralkomitees der SED an die Werktätigen des Grenzkreises Hildburghausen und des ganzen Grenzbezirkes Suhl. Unter großem Beifall rief er aus: ‚Unsere DDR repräsentiert die Zukunft! Auf unserer Seite ist das Recht!'
Nach der Kundgebung saßen Bürger des Grenzkreises und Grenzsoldaten noch längere Zeit mit Genossen Erich Honecker in einer Diskussionsrunde zusammen. Viele Fragen und Probleme wurden diskutiert. Für alle Sorgen und Nöte hatte er ein offenes Ohr und gab auch sofort manch guten Rat. Für mich war dieser Tag ein überwältigendes Beispiel für unsere sich ständig weiter entwickelnde sozialistische Demokratie und der Fürsorge von Partei- und Staatsführung der DDR um die Belange der Werktätigen unserer sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Grenztruppen."
Aus der Direktive des ZK vom 16. August 1961 ergab sich für die Grenztruppen die zwingende Notwendigkeit, weitere Kräfte zur Sicherung der Staatsgrenze zur BRD einzusetzen. Das konnte nur erfolgen, wenn es möglich war, Kräfte von den Grenzen zu den befreundeten Bruderländern und von der Ostseeküste abzuziehen.
Bedeutende Teile der dort dislozierten Verbände wurden zur Verstärkung an die Staatsgrenze zur BRD verlegt.

In Übereinstimmung mit den Regierungen der ČSSR und der VR Polen gingen die Grenztruppen der DDR danach in diesen Grenzabschnitten von der Grenzsicherung zur Grenzüberwachung über.

Das stellte hohe Anforderungen an die Führung des Kommandos der Grenztruppen, die betreffenden Stäbe und Politorgane, die Partei- und FDJ-Organisationen, aber auch an die Partei- und Staatsorgane der betreffenden Grenzbezirke. Es galt, in dieser so angespannten Situation mehrere Truppenteile über weite Entfernungen zu verlegen, die Einheiten in die neuen Dislozierungsräume einzuführen und sie unverzüglich in das System der Grenzsicherung einzugliedern. Alle Beteiligten leisteten eine umfangreiche und zielgerichtete politisch-ideologische und organisatorische Arbeit. Stellvertretend für viele seien hier Oberst Greiner-Mai, die damaligen Oberstleutnante Thieme, Glomba, Lange, Beuthe und Müller, die Majore Weinheimer, Kaltofen und Stürmer genannt.

Genosse Generalmajor Heinz Thieme, Stellvertreter des Chefs und Chef Ausbildung der Grenztruppen der DDR, damals Oberstleutnant und Kommandeur der Grenzbrigade Karl-Marx-Stadt, erinnert sich: „Unmittelbar nach Erhalt der ersten Vorbefehle zur Verlegung der Brigade begannen wir, Aussprachen mit Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten zu führen. Buchstäblich über Nacht mußten wir sie vor die Tatsache stellen, daß es im Interesse der Sicherheit der Grenzen der Republik notwendig war, zukünftig an einem anderen Grenzabschnitt und unter völlig veränderten Bedingungen ihren Dienst zu leisten. Das hatte in vielen Fällen tiefgreifende persönliche Konsequenzen, die weit in die Familie hineinwirkten.
Es spricht für ihre politische Reife und Standhaftigkeit, für ihre Treue zur Partei und zu ihrem sozialistischen Vaterland, wenn sich damals alle freiwillig dienenden Genossen ausnahmslos positiv zu diesem Kampfauftrag bekannten. Ich konnte dem Chef der Grenztruppen melden: Der Verband ist verlegungsbereit
Noch heute beindruckt mich zutiefst die Haltung vieler Ehefrauen unserer Genossen, denen wir mitteilen mußten, daß ihre Ehemänner versetzt werden müssen, ohne daß am neuen Standort sofort für jeden eine neue Wohnung, für die Ehefrau ein Arbeitsplatz und für die Kinder der bisher gewünschte Ausbildungsplatz bereitgestellt werden konnte. Selbstverständlich waren wir bemüht, die sozialen Probleme zu beachten. Aber Härten und auch viele persönliche Opfer konnten nicht ausgeschlossen werden. Deshalb gab es auch manche Träne, aber auch die Frauen bekannten sich letztlich zum Kampfauftrag ihrer Männer."

So wie sie standen gerade in den Tagen der Bewährung die Ehefrauen der Grenzer in allen Abschnitten als echte Kampfgefährten fest an der Seite ihrer Männer. In zahlreichen Briefen an das ZK und in persönlichen Stellungnahmen kam das zum Ausdruck. So schrieben die Frauen der Angehörigen des Truppenteils Duschek an Genossen Walter Ulbricht:

„Wir begrüßen die Maßnahmen der Regierung zum Schutze der Grenzen der DDR . . .
Sie sind ein weiterer Beitrag zur Erhaltung des Friedens und zur Bändigung der Kriegstreiber. Wir sind uns bewußt, daß an unsere Männer hohe Forderungen gestellt werden und bringen dafür vollstes Verständnis auf. Das beweisen wir, indem wir Frauen uns gegenseitig unterstützen, damit keine auf sich allein gestellt ist. Schwierigkeiten überwinden wir gemeinsam."
Genossin Klara Frank schrieb in diesen Tagen: „Daß auch an der westlichen Staatsgrenze Maßnahmen getroffen werden, die die Erhaltung des Friedens garantieren, das begrüße ich aus vollstem Herzen. Ich bin stolz darauf, daß mein Mann als Grenzsoldat seinen Dienst zum Schutz der Staatsgrenze versieht."
Und Genossin Rosemarie Hartmann schrieb: „Durch die Maßnahmen unseres Staates zum Schutz des Friedens haben die Kriegstreiber einen schweren Schlag bekommen. Die Agentur Westberlin ist dicht gemacht. Jetzt müssen unsere Grenzsoldaten an der Westgrenze besonders wachsam sein, um feindliche Provokationen zu verhindern. Unterstützen wir unsere Männer, indem wir Verständnis haben und durch unsere Fürsorge ihnen den schweren Dienst erleichtern. Kämpfen auch wir Grenzerfrauen an der Seite unserer Männer um die weitere Erhaltung des Friedens."

Die Verlegung der beiden Verbände war ein untrennbarer Bestandteil der Sicherungsmaßnahmen vom 13. August 1961.
Die erfolgreiche Bewältigung aller dieser Aufgaben bildet einen der wesentlichsten Höhepunkte in der bisherigen Geschichte der Grenztruppen. Sie legt Zeugnis ab von der politischen Standhaftigkeit und Treue der Kader, der Unteroffiziere und Soldaten und war zugleich Ausdruck hohen militärischen Könnens.
Mit der Einführung dieser Kräfte in die Grenzsicherung an der Staatsgrenze zur BRD war ein wesentlicher Teil des Ministerratsbeschlusses vom 12. August 1961 realisiert. Viele der an dieser Aktion beteiligten Offiziere der Grenztruppen erinnern sich noch heute voller Dankbarkeit an die hervorragende Unterstützung, die sie bei der Lösung der Aufgaben durch die Partei- und Staatsfunktionäre der Grenzbezirke und -kreise, wie zum Beispiel durch die Genossen Otto Funke, Wilhelm Behnke, Alois Bräutigam und Alois Pisnick, erhielten.

Im weiteren kam es nunmehr darauf an, auch an der Staatsgrenze zur BRD effektivere Grenzsicherungsanlagen zu schaffen und durch einen beweglichen Einsatz der Kräfte und Mittel eine höhere Wirksamkeit der Grenzsicherung, eine größere Sicherheit und Ordnung im Grenzgebiet zu gewährleisten.
Nach der Umunterstellung der Grenzpolizei unter das Ministerium für Nationale Verteidigung am 15. September 1961 wurden diese Aufgaben zielstrebig in Angriff genommen.

FDJler stärken unsere Reihen

Der Zentralrat der FDJ hatte am 16. August 1961 das Aufgebot „Das Vaterland ruft — schützt die sozialistische Republik" beschlossen. Bis Oktober 1961 erklärten sich über 250 000 Jugendliche bereit, durch den Dienst in den bewaffneten Kräften der DDR ihren Beitrag zum Schutz des sozialistischen Vaterlandes zu leisten.

Egon Krenz, damals 1. Sekretär der FDJ-Bezirksleitung Rostock, verabschiedete das erste FDJ-Bataillon Rostocks mit den Worten: „Mit der Kraft unserer starken Hände, mit dem ruhelosen Geist unserer Köpfe und mit der Glut unserer jungen Herzen wollen wir das Vermächtnis der revolutionären deutschen Arbeiterklasse und ihrer Führer August Bebel, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Ernst Thälmann erfüllen. Wollen wir in ihrem Sinne unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht in Treue allzeit dienen."



Verabschiedung des FDJ-Regimentes in Neustrelitz

Dieses in Rostock verabschiedete FDJ-Bataillon begann in den darauffolgenden Wochen seinen Dienst in den Grenztruppen. Viele der damals zur Verabschiedung angetretenen FDJler stehen noch heute in den Grenztruppen der Deutschen Demokratischen Republik ihren Mann in den unterschiedlichsten verantwortungsvollen Dienststellungen. Zwei von ihnen sollen hier, stellvertretend für viele, genannt werden: Der ehemalige Landmaschinen-Traktorenschlosser, Oberst Hans Geschke, sowie der damalige Student der Landwirtschaft und heutige Oberstleutnant Dietrich Künzel. Beide sind heute in führenden Funktionen eines Verbandes bzw. Truppenteils der Grenztruppen der Deutschen Demokratischen Republik tätig. Entsprechend dem Kampfauftrag der FDJ: „Das Vaterland rief - wir kamen! Das Vaterland ruft - wir bleiben, schützen und verteidigen die Grenzen der DDR!", verpflichteten sich viele, darunter die Angehörigen der Grenzkompanie Sommersdorf, Morsleben, Marienborn und Barneberg, länger zu dienen. Ehemalige Grenzer nahmen erneut den Dienst in ihren Einheiten auf. Unter ihnen die Stabsgefreiten Schmidt und Koepp in



Verabschiedung des FDJ-Regimentes in Schwerin



VEB Diamant-Werk Karl-Marx-Stadt.
30 junge Arbeiter verpflichten sich am 13. August 1961,
in der NVA oder in den Grenztruppen zu dienen

Berlin, die Stabsgefreiten Zielke und Helbig aus der Brigade Magdeburg sowie die Gefreiten Leidung und Meißner aus der Brigade Erfurt.
Aus tiefer Überzeugung reifte bei vielen der Entschluß, ihr militärisches Können, ihre Erfahrungen und ihr Wissen für weitere Monate, Jahre und bei manchen für Jahrzehnte in den Dienst der sozialistischen Sache zu stellen.
Auch diesmal konnten sich Partei, Regierung und Volk der DDR auf die Angehörigen der Deutschen Grenzpolizei verlassen.
Die neuen Grenzsicherungsanlagen und das System der Grenzsicherung, die Struktur der dafür eingesetzten Kräfte entsprachen nunmehr der veränderten Lage.
Im Dezember 1961 konnten alle zusätzlichen militärischen Sicherungen aufgehoben werden.
„Der 13. August ist ein schwarzer Tag", schrieb damals ein führender Politiker der USA, „an diesem Tag verlor der Westen eine der entscheidendsten Schlachten im kalten Krieg . . . Ein paar tausend Betonsteine und Mörtel werden am Konferenztisch den Wert von Millionen Dollar haben." Wie recht sollte dieser Mann doch behalten.

Junge Grenzsoldaten werden in den Einheiten freudig begrüßt.

Arbeiter mit dem Auftrag der Arbeiterklasse in die bewaffneten Organe – Verabschiedung von FDJlern in das FDJ-Aufgebot „Das Vaterland ruft! Schützt die sozialistische Republik"

Waffenbrüder: Wir stehen an eurer Seite

Die DDR erwies sich im Bündnis mit der sozialistischen Staatengemeinschaft, insbesondere mit der Sowjetunion, als realer Friedensfaktor. Durch ihre Sicherungsmaßnahmen wurde dem deutschen Imperialismus und Militarismus die schon erhobene Kriegsfackel aus der Hand geschlagen, bevor er sie gegen die Völker schleudern konnte. Mit der Sicherung der Staatsgrenze wurde die DDR zugleich ihrer internationalistischen Verantwortung zur Sicherung der westlichen Grenze unserer sozialistischen Gemeinschaft gerecht.

Dafür bekundeten den Grenzsoldaten der DDR ihre Waffenbrüder hohe Anerkennung.

Zwei Briefe von Grenzeinheiten der ČSSR von vielen hunderten, die die Deutsche Grenzpolizei in diesen Tagen erreichten, legen davon Zeugnis ab.

Die Grenzsoldaten der Einheit Rubesch schrieben z. B.: „Wir übermitteln Euch als Ausdruck unserer Waffenbrüderschaft die Anerkennung für Eure aufopferungsvolle Arbeit, wir stimmen den Vorschlägen der UdSSR und den Maßnahmen, die die Regierung der DDR zum Schutze des Friedens geschaffen hat, vorbehaltlos zu und unterstützen sie. Wir versprechen Euch, daß wir gemeinsam mit Euch und den anderen bewaffneten Kräften



Sowjetische Panzer in Berlin, Friedrichstraße

der Staaten des Warschauer Vertrages alles für die militärische Sicherung des Fortschritts und des Weltfriedens tun werden."

Die Genossen der Kompanie Dubsky schrieben: „Wir unterstützen voll die Entscheidungen und die Maßnahmen der Regierung der DDR in ihrem gerechten Kampf für den Frieden. Wir, die Grenzsoldaten der ČSSR, stehen mit Euch, den Grenzsoldaten der DDR, auf dem vordersten Wall des sozialistischen Lagers, und wir lassen nicht zu, daß unsere Grenze des Friedens verletzt wird."

So dokumentierte sich unter anderem die Entschlossenheit der Länder der sozialistischen Gemeinschaft, darum zu kämpfen, daß ein Schlußstrich unter den zweiten Weltkrieg gezogen und die Sicherheit in Europa gewährleistet wird.

Die Illusion von der Möglichkeit eines „Anschlusses" der DDR und ihrer Hauptstadt an die BRD zerschlug sich. Nach den Worten der westdeutschen Zeitung „Industriekurier", eines Monopolblattes, endete am 13. August 1961 die Ostpolitik Adenauers mit einer totalen Niederlage.

Der 13. August war ein Sieg der sozialistischen Gemeinschaft, der gesamten friedliebenden Menschheit, der große Bedeutung für das Leben Europas hatte. Der Ausbruch eines Krieges war verhindert, der Frieden gerettet worden.

Die Sicherungsmaßnahmen vom 13. August 1961 waren eine wichtige Voraussetzung für die europäische Entspannung in den 70er Jahren. So wurden in der Folgezeit das Vierseitige Abkommen über Westberlin, der



Stewardessen der Deutschen Lufthansa (heute Interflug) an den Grenzübergangsstellen. Geschenke für die Sicherungskräfte

Grundlagenvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der BRD, die bekannten Verträge zwischen der UdSSR und der BRD sowie der Volksrepublik Polen und der BRD abgeschlossen.
Sie waren letztendlich bedeutsam für das Zustandekommen der KSZE-Konferenz von Helsinki. Wenn es im Jahre 1975 in der Schlußakte von Helsinki heißt: „Die Teilnehmerstaaten betrachten gegenseitig alle ihre Grenzen sowie die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich . . . Die Teilnehmerstaaten werden sich in ihren gegenseitigen Beziehungen sowie in ihren internationalen Beziehungen im allgemeinen der Androhung oder Anwendung von Gewalt, . . . , enthalten.", war dies ein Erfolg der konstruktiven Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik der sozialistischen Staaten.



Bei ihrem Treffen am 12. März 1985 in Moskau erklärten Genosse Erich Honecker und BRD-Kanzler Kohl: „Die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen sind eine grundlegende Bedingung für den Frieden."
Beide Seiten treten dafür ein, „alle Anstrengungen zu unternehmen, um auf der Basis des Grundlagenvertrages normale gutnachbarliche Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland im Interesse von Frieden und Stabilität zu entwickeln und auszubauen".
Diese Erklärung muß im täglichen politischen Kampf durchgesetzt werden.
Dazu gehört, daß die Angehörigen der Grenztruppen weiterhin mit hohem Verantwortungsbewußtsein ihren militärischen Klassenauftrag zuverlässig erfüllen.
Es kann und darf in der gegenwärtigen Etappe des internationalen Kampfes um die Erhaltung und Festigung des Friedens keinerlei Abstriche am System unserer Grenzsicherung und dem bestehenden Grenzregime geben.



Dank der Berliner an die bewaffneten Organe für die Sicherungsmaßnahmen am 13. August